

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*
Deutschlandprognose 2011/2012: Europäische
Schuldenkrise belastet Konjunktur
- *Regina T. Riphahn und Parvati Trübswetter*
Die Veränderung der Bildungsmobilität in Ost- und
Westdeutschland nach der Wiedervereinigung
- *Anne Montén und Wolfgang Nagl*
Der Dresdner Arbeitsmarkt – die qualifizierte
Beschäftigung nimmt zu
- *Beate Schirwitz*
Trends in den Pendlerströmen der Stadt Dresden

Im Blickpunkt

- *Konrad Burchardi und Tarek Hassan*
Soziale Kontakte und wirtschaftliches Wachstum

ifo Dresden berichtet

18. Jahrgang (2011)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 6/2011

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2011/2012: Europäische Schuldenkrise belastet Konjunktur

3

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Im Sommer 2011 haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft deutlich verschlechtert. Insbesondere droht sich in Europa die Staatsschuldenkrise zu einer Bankenkrise auszuweiten. Dies belastet zunehmend auch die deutsche Konjunktur. Die stark erhöhte Unsicherheit wird die inländische Nachfrage dämpfen und der Außenhandel dürfte aufgrund der schwierigen Lage wichtiger Handelspartner nicht mehr zur Expansion beitragen. Die Institute erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,9% und im kommenden lediglich um 0,8% zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte nur noch wenig zurückgehen von 7,0% auf 6,7% im Jahr 2012. Die Inflationsrate von voraussichtlich 2,3% im Jahr 2011 und 1,8% im Jahr 2012 wird mehr und mehr vom inländischen Preisauftrieb bestimmt. Das Budgetdefizit des Staates wird auf 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr und 0,6% im kommenden Jahr zurückgehen.

Die Veränderung der Bildungsmobilität in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung

7

Regina T. Riphahn und Parvati Trübswetter

Die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland brachte für Ostdeutschland im Bildungssektor große Veränderungen. Die Schulstrukturen aus DDR-Zeiten wurden an das westdeutsche System angepasst. Zusammen mit der politischen Liberalisierung kann erwartet werden, dass sich die Karrierechancen allgemein als auch in der Bildung erhöhen. Die Frage ist, ob sich die Weitergabe der Schulbildung von Eltern auf Kinder (Bildungsmobilität) durch den Austausch des Bildungssystems in Ostdeutschland verändert – und an Westdeutschland angepasst – hat. Der Ausgangszustand im Jahr 1991 zeigt die Bildungsmobilität in Ost- und Westdeutschland vor der Wiedervereinigung. Die anschließend aufgezeigte Veränderung in der Bildungsmobilität stellt die Anpassung der Ostdeutschen an das neue Bildungssystem dar. Es zeigt sich, dass sich die Bildungsmobilitätsraten nur langsam an das westdeutsche System annähern.

Der Dresdner Arbeitsmarkt – die qualifizierte Beschäftigung nimmt zu

14

Anna Montén und Wolfgang Nagl

Seit 2005 steigt die Beschäftigung in der Landeshauptstadt Dresden. Der Beschäftigungsaufbau ist durch den Dienstleistungsbereich getrieben. Damit einher geht eine verstärkte Beschäftigung von (hoch)qualifizierten Arbeitnehmern. Im Gegensatz zu Sachsen oder Ostdeutschland weist Dresden eine positive Bevölkerungsentwicklung auf. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kann kompensiert werden. Als attraktiver Wohnort und Hochschulstandort ist Dresden prinzipiell gut aufgestellt, um auch in Zukunft gut ausgebildete Arbeitnehmer anzuziehen. Durch die Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte ist zukünftig mit einem verstärkten Lohndruck zu rechnen.

Trends in den Pendlerströmen der Stadt Dresden

21

Beate Schirwitz

Die sächsische Landeshauptstadt Dresden ist zur Deckung seiner Arbeitsnachfrage stark auf Einpendler angewiesen. Gleichzeitig ist in der Stadt seit Jahren ein zunehmender Trend steigender Auspendlerzahlen zu verzeichnen. Der Artikel fasst aktuelle Trends in den Pendlerströmen von und nach Dresden zusammen und diskutiert deren Bedeutung für den dortigen Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang werden auch die Effekte der momentan beobachtbaren Reurbanisierung untersucht. Durch den demographisch bedingten Bevölkerungsrückgang im Umland muss Dresden zur langfristigen Deckung seiner Arbeitsnachfrage jedoch in verstärktem Maße auch Personen aus weiter entfernten Regionen anziehen.

Im Blickpunkt**Soziale Kontakte und wirtschaftliches Wachstum****25***Konrad Burchardi und Tarek Hassan*

Dass Menschen von sozialen Kontakten auch bei wirtschaftlichen Aktivitäten profitieren, weiß so mancher aus eigener Erfahrung. Aber können soziale Kontakte das Wachstum ganzer Regionen beflügeln? In der Studie wird argumentiert, dass die deutsche Geschichte die seltene Chance bietet, den Effekt von sozialen Kontakten – verwandtschaftlichen und freundschaftlichen – auf regionales Wachstum zu identifizieren. Die Ergebnisse belegen diesen Zusammenhang: In westdeutschen Regionen, welche zur Zeit der Wende über enge Ostkontakte verfügten, stieg insbesondere das Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit stärker an als in anderen westdeutschen Regionen und Firmen betreiben hier auch heute im Schnitt mehr Niederlassungen in den neuen Bundesländern.

Daten und Prognosen**Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2011****27****Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich****29****Verbesserung des ifo Geschäftsklimas im November 2011 nach viermaliger Eintrübung****31****Aus der ifo Werkstatt****ifo Veranstaltungen****35****ifo Vorträge****36****ifo Veröffentlichungen****37**

Deutschlandprognose 2011/2012: Europäische Schuldenkrise belastet Konjunktur¹

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*

Weltwirtschaft: verschlechterte Aussichten

Im Sommer 2011 haben sich die Aussichten für die Weltwirtschaft deutlich verschlechtert. Unternehmen und Haushalte in den USA und in Europa blicken zunehmend pessimistisch in die Zukunft, und auf den Finanzmärkten deuten Signale wie der weltweite Einbruch der Aktienkurse auf einen Abschwung hin. In Europa droht sich die Staatsschuldenkrise zu einer Bankenkrise auszuweiten, denn viele Banken halten in großem Umfang Schuldtitel der von der Krise betroffenen Staaten.

Der weltweite Vertrauenseinbruch setzte im Juli ein, als zeitgleich in den USA um die Ausweitung der Obergrenze für öffentliche Schulden und in der EUROPÄISCHEN UNION um ein neues Hilfspaket für Griechenland sowie eine Reform des Rettungsfonds gerungen wurde. Die diesseits und jenseits des Atlantiks präsentierten Ergebnisse wurden an den Märkten nicht als Lösung der Schuldenprobleme aufgefasst und konnten den Vertrauensverlust nicht aufhalten. Allerdings sind die Konjunktursorgen nicht allein auf die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise zurückzuführen. Bereits in den Monaten zuvor hatten die Vertrauensindikatoren weltweit leicht nachgegeben, als durch die Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan Lieferketten unterbrochen waren. Ein weiterer Belastungsfaktor war der sehr kräftige Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise.

Im Vergleich zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb die Nachfrage in den meisten Schwellenländern kräftig. Zwar kam es auch dort zu einer konjunkturellen Verlangsamung, sie blieb aber bisher moderat. Zudem war sie in der Regel wirtschaftspolitisch gewollt: Vielerorts, etwa in China, Indien oder Brasilien, zogen wegen hoher Inflation die Geld- und die Finanzpolitik die Zügel an, und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wurde dadurch gedämpft.

Die Zunahme an Unsicherheit in der EUROPÄISCHEN UNION und in den USA wird nicht nur aufgrund verschlechterter Finanzierungsbedingungen einen dämpfenden Effekt auf die Güternachfrage haben. Viele Investoren und Konsumenten werden in der zweiten Jahreshälfte 2011 Ausgabenentscheidungen erst einmal zurückstellen. Auch deshalb wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr in den USA kaum mehr als stagnieren und im Euroraum sogar zeitweise zurückgehen. Auch wenn die Schulden- und Vertrauenskrise, wie in dieser Prognose unterstellt, beherrschbar bleibt, wird sie im

kommenden Jahr einer kräftigen Erholung im Euroraum entgegenstehen. Was die Wirtschaft in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Jahreshälfte 2011 und im nächsten Jahr stützt, ist die weiterhin expansive Geldpolitik sowie die hohe, wiewohl abgeschwächte Wachstumsdynamik in den Schwellenländern Asiens, aber auch Lateinamerikas und Mittel- und Osteuropas. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem und im nächsten Jahr mit 1,4 % bzw. 1,3 % nur schwach zunehmen. Die Weltproduktion insgesamt dürfte 2011 mit 2,6 % und 2012 mit 2,5 % expandieren.

Deutsche Wirtschaft: Stagnation im Winterhalbjahr

Die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum belastet zunehmend die deutsche Konjunktur. Die stark erhöhte Unsicherheit wird die inländische Nachfrage dämpfen und der Außenhandel dürfte aufgrund der schwierigen Lage einiger wichtiger Handelspartner nicht mehr zur Expansion beitragen. Käme es in dieser Situation zu einer weiteren Zuspitzung der Schuldenkrise in Europa, so wäre sogar mit erheblichen negativen Effekten auf die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland zu rechnen. Die Institute erwarten, dass es dazu nicht kommt. Sie gehen zwar davon aus, dass die begonnene Restrukturierung der griechischen Staatsschulden fortgesetzt wird, was zu Einbußen bei den Gläubigern führt. Eine Ansteckung in dem Ausmaß wie nach der Insolvenz von LEHMAN BROTHERS ist aber wenig wahrscheinlich. Der Ausfall käme nämlich weder unerwartet, noch dürften Zweifel an der Liquiditätsausstattung des Bankensystems aufkommen, da die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) diese mit den neu geschaffenen Instrumenten sicherstellen kann. Zu einer schweren Rezession dürfte es unter diesen Annahmen, anders als in den Jahren 2008/09, nicht kommen.

Im dritten Quartal 2011 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,6 % ausgeweitet worden sein. Dies signalisieren die gute Produktions- und Umsatzentwicklung und

* Bearbeitet von Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

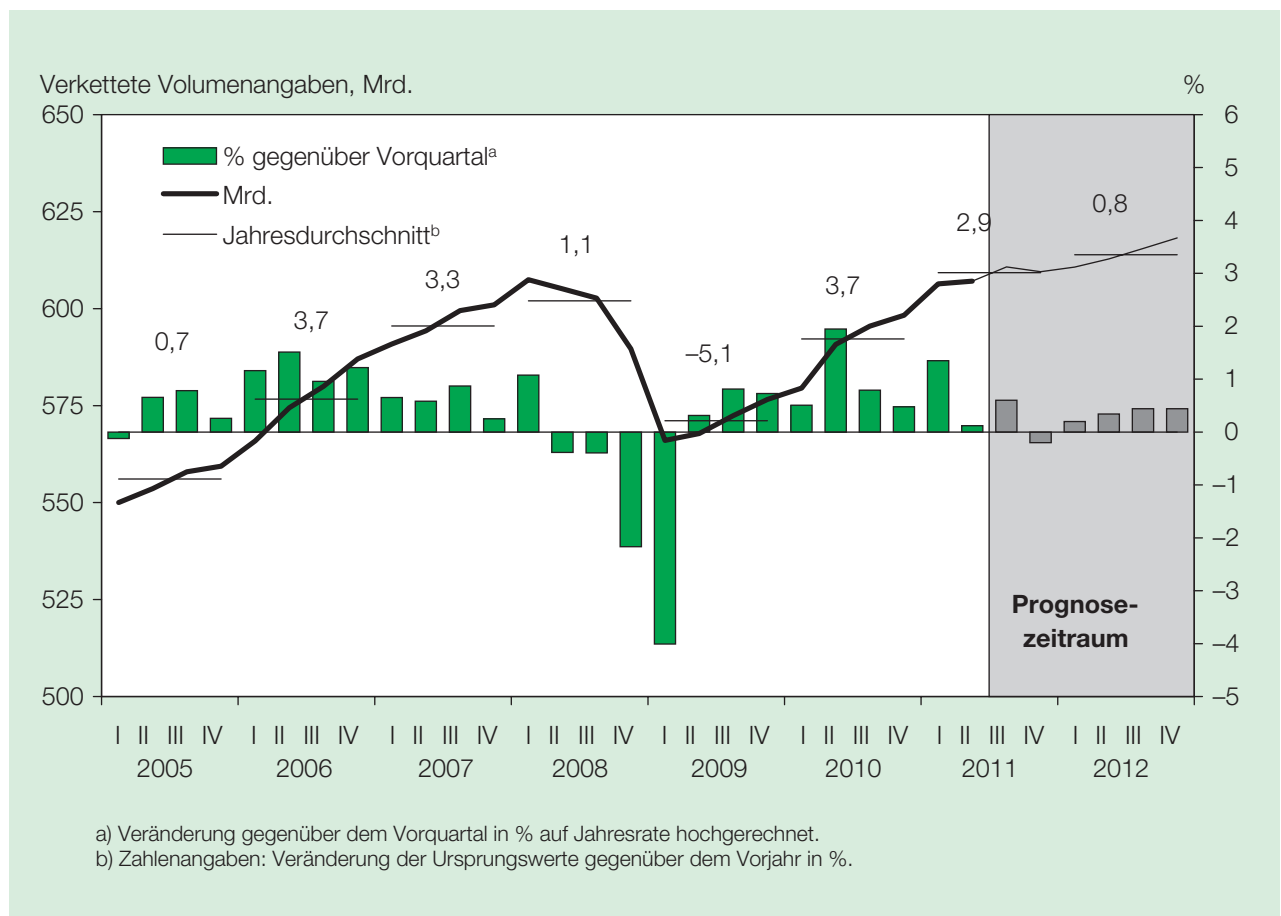
die weiter gestiegene Beschäftigung. Für das Winterhalbjahr 2011/12 rechnen die Institute damit, dass die erhöhte Unsicherheit und die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen dazu führen werden, dass die Produktion stagniert. Anders als im übrigen Euroraum kommt es allerdings in Deutschland wohl nicht zu einer Rezession. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Finanzpolitik hierzulande deutlich weniger restriktiv ausgerichtet ist als dort und dass die Finanzierungsbedingungen hierzulande erheblich günstiger sind als in Ländern mit hoher Verschuldung.

Unter der Annahme, dass die Unsicherheit im Euroraum langsam wieder zurückgehen wird, weil die Schulden- und Vertrauenskrise schrittweise an Schärfe verliert und die Weltwirtschaft nach und nach ihre Schwäche überwindet, dürfte die deutsche Konjunktur ab dem zweiten Quartal 2012 wieder Fahrt aufnehmen. Zudem wird die Geldpolitik der EZB in Deutschland weiterhin relativ expansiv wirken. Für das Jahr 2012 rechnen die Institute mit einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 0,8%, nach 2,9% im Jahr 2011 (vgl. Abb. 1).

Aufgrund der stärkeren konjunkturellen Dynamik wird die Kerninflationsrate in Deutschland wohl höher sein als in vielen anderen Ländern des Euroraums. Dazu trägt ein kräftiger Lohnanstieg bei. Aktuell ist die Teuerungsrate allerdings von Preiserhöhungen bei Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln geprägt, die sich nicht in gleichem Umfang fortsetzen dürften. Hingegen nimmt der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb zu. Per Saldo wird ein Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland um 2,3% im Jahr 2011 und um 1,8% im Jahr 2012 prognostiziert (vgl. Tab. 1).

Der Arbeitsmarkt dürfte von der kurzen wirtschaftlichen Stagnation nicht zurückgeworfen werden. Die Unternehmen werden zur Überbrückung der konjunkturellen Schwächephase zunächst auf flexible Arbeitszeitinstrumente zurückgreifen. Hierfür spricht auch die zu erwartende Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials. Die Arbeitslosenquote dürfte daher auf 7,0% im Jahr 2011 und 6,7% im Jahr 2012 weiter leicht sinken. Die Finanzlage des Staates wird sich weiter verbessern. Das Budgetdefizit des Staates wird auf 0,9% in Relation zum

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,3	1,1	-5,1	3,7	2,9	0,8
Erwerbstätige ^a (in 1.000 Personen)	39.857	40.345	40.362	40.553	41.082	41.274
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	3.760	3.258	3.415	3.238	2.968	2.815
Arbeitslosenquote ^b (in %)	9,0	7,8	8,1	7,7	7,0	6,7
Verbraucherpreise ^c (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,3	2,6	0,4	1,1	2,3	1,8
Lohnstückkosten ^d (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,8	2,3	5,5	-1,1	1,9	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e						
in Mrd. €	5,5	-1,4	-76,1	-106,0	-23,0	-15,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,2	-0,1	-3,2	-4,3	-0,9	-0,6
Leistungsbilanzsaldo						
in Mrd. €	181,2	154,8	133,7	141,1	121,0	113,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,5	6,3	5,6	5,7	4,7	4,3

a) Im Inland. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – c) Verbraucherpreisindex (2005=100). – d) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2011 und 2012: Prognose der Institute.

Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr und 0,6% im kommenden Jahr zurückgehen. Der Rückgang im Jahr 2011 ist im Wesentlichen auf konjunkturbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen zurückzuführen.

Das größte Risiko für die Prognose besteht in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise, die das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken bringen könnte. Die Institute rechnen für den Prognosezeitraum mit einer weiteren Restrukturierung der griechischen Staatsschuld. Selbst wenn dies nicht zu einem Kollaps des Bankensystems führt, besteht doch die Gefahr, dass es in Teilbereichen des Finanzsystems, insbesondere auf den wenig transparenten Derivatmärkten, zu Ansteckungseffekten kommt. Diese könnten den Stress im Finanzsektor erhöhen und zu ungünstigeren Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen führen. Die deutsche Konjunktur würde dann über das hier prognostizierte Ausmaß hinaus gedämpft werden, sodass es zu einer Rezession käme.

Es bestehen allerdings auch Chancen, dass sich die Konjunktur in den kommenden Monaten besser entwickelt. Bisher deuten hauptsächlich die Stimmungskennzeichen und die Finanzmarktdaten auf eine deutliche Eintrübung der Konjunktur hin. Die realwirtschaftlichen Daten waren hingegen bis zuletzt überwiegend gut.

Wenn es der Politik in nächster Zeit gelänge, einen Ausweg aus der Schuldenkrise aufzuzeigen, könnte sich die Stimmung rasch wieder verbessern und die Konjunkturaussichten würden sich aufhellen.

Zur Wirtschaftspolitik

In der gegenwärtig schwierigen Lage ist die Wirtschaftspolitik gefordert, einer weiteren Verschärfung der Krise entgegenzuwirken. Was die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum angeht, ist eine Lösung trotz der bisher zahlreichen Maßnahmen der europäischen Regierungen und der EZB nicht in Sicht. Die in den vergangenen zwei Jahren unternommenen Rettungsversuche konnten allenfalls kurzfristig zu einer Beruhigung beitragen, weil das Grundproblem einer nicht tragbaren Verschuldung speziell Griechenlands vonseiten der Regierungen zu lange negiert wurde.

Insbesondere zwei Kernstücke eines europäischen Reformwerks wurden nicht angepackt. Zum einen wurde kein funktionsfähiger und anreizkompatibler Insolvenzmechanismus für die Mitgliedsländer des Euroraums geschaffen. Allerdings kann eine Insolvenz von Staaten zu erheblichen Verwerfungen an den Finanzmärkten führen,

insbesondere weil die Geschäftsbanken Eigenkapital verlieren und dadurch in ihrer Existenz bedroht sein können. Daher sind zum anderen eine Neuordnung der Finanzmarktregulierung und ein europäisches Verfahren für eine Rekapitalisierung und gegebenenfalls eine geordnete Insolvenz von Banken dringend erforderlich. Dass die Neuregelung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (EFSF)² diese Möglichkeit vorsieht, ist daher prinzipiell zu begrüßen.

Eine Wirtschaftspolitik, die eine Staatsinsolvenz mit allen Mitteln verhindern will, birgt Risiken. So führt eine implizite Bailout-Garantie dazu, dass Risiken an den Finanzmärkten gesamtwirtschaftlich betrachtet nicht adäquat bewertet und daher zu hohe Risikopositionen eingegangen werden. Zudem haben die Ereignisse seit dem Frühjahr 2010 gezeigt, dass die Haftungssummen immer weiter zunehmen können. Damit besteht die Gefahr, dass die Garantiestaaten sich verheben und auch ihre Verschuldung in immer kritischere Höhen steigt. Wenn dies eintritt, wäre durch die Rettungsversuche auf kurze Sicht nichts gewonnen – im Gegenteil: Die Garantiestaaten wären nicht mehr in der Lage, den Problemländern zu helfen, und im Euroraum insgesamt wäre das Verschuldungsproblem noch größer.

Die Regierungen versuchen nun, die Schuldenprobleme mittelfristig dadurch einzugrenzen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt gehärtet wird und dass die Länder nationale Schuldenregeln einführen, was einige bereits getan haben oder beabsichtigen zu tun. Solche Schritte sind zu begrüßen. Jedoch sollte man nicht erwarten, dass sie rasch zu einer Entspannung der Lage führen werden. Da sich viele Länder in der Vergangenheit nicht an vereinbarte Regeln wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt oder an die eigenen Stabilitätsprogramme gehalten haben, steht der eigentliche Test noch aus, wie ernst sie die Regeln nehmen.

Da die von den europäischen Regierungen ergriffenen Maßnahmen bislang nicht zur Lösung der Schuldenkrise geführt haben, ist die EZB in Zugzwang geraten. Schon im Mai des vergangenen Jahres kaufte sie Staatsanleihen, im August dieses Jahres nahm sie das Programm überraschend abermals auf und kaufte vor allem

wohl Anleihen Spaniens und Italiens. Die Institute bewerten die Maßnahmen der EZB im Zuge der Staatsschuldenkrise unterschiedlich. Die Mehrheit der Institute vertritt die Auffassung, dass die EZB ihr Mandat überdehnt und so ihre Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt hat. Zudem hatte der Ankauf von Staatsanleihen adverse Anreizeffekte. Er verminderte den Druck auf die Mitgliedsländer und auf die EUROPÄISCHE KOMMISSION, ihrerseits Verfahren zur Lösung der Staatsschuldenkrise zügig auf den Weg zu bringen, und er reduzierte den Konsolidierungsdruck auf die betroffenen Länder. Das Konsortium aus IWH³ und KIEL ECONOMICS teilt diese Auffassung nicht, sondern hält die Staatsanleihekäufe der EZB aufgrund der akuten Bedrohung der Stabilität des Banken- und Finanzsystems für gerechtfertigt; denn die von allen Konsortien geforderten ordnungspolitischen Lösungen können nicht kurzfristig realisiert werden. Nach Auffassung aller Institute ist es allerdings keine nachhaltige Situation, wenn die Verantwortung für die wirtschaftspolitischen Ziele verwischt wird. Zentral ist, dass die EZB wieder in die Lage versetzt wird, unabhängig von der Finanzpolitik zu agieren und die Preisstabilität zu sichern.

Vor diesem Hintergrund sollte die Finanzpolitik in Deutschland ihren Konsolidierungskurs beibehalten. Zum einen ist der Staatshaushalt strukturell nach wie vor unterfinanziert: Bei einer im laufenden Jahr positiven Produktionslücke von rund 1% dürfte das strukturelle Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt knapp 1,5% betragen. Zum anderen schnellte die Schuldenquote im vergangenen Jahr von 74,2% auf 84,0% in die Höhe und dürfte, selbst in dem günstigen Fall, dass die europäische Staatsschuldenkrise ohne Belastungen für den deutschen Staatshaushalt gelöst werden kann, noch geraume Zeit über der im Maastricht-Vertrag festgelegten Obergrenze von 60% liegen.

¹ Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2011, S. 3ff.

² EFSF = European Financial Stability Facility.

³ IWH = Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Die Veränderung der Bildungsmobilität in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung

Regina T. Riphahn und Parvati Trübswetter*

Einleitung

Die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland brachte für Ostdeutschland im Bildungssektor große Veränderungen. Die Schulstrukturen aus DDR-Zeiten wurden an das westdeutsche System angepasst. Zusammen mit der politischen Liberalisierung kann erwartet werden, dass sich die Karrierechancen allgemein als auch in der Bildung erhöhen. Es zeigt sich jedoch für andere Transformationsländer, dass mit dem Fall der Sozialprodukte nach der Wende auch die Bildungsmöglichkeiten sanken, wie HERTZ (2009) für Bulgarien und MATEJU (2003) für Tschechien zeigen.

Es lohnt sich allerdings, Ostdeutschland getrennt von den anderen Transformationsländern zu betrachten, weil es zwar eine ökonomische Krise mit Arbeitslosigkeitsraten von bis zu 20 % nach der Wende gab, die Finanzierung des Schulsystems aber durch Transfers aus Westdeutschland erhalten werden konnte. Budgetkürzungen kommen als Grund für eine Änderung in den Bildungschancen also nicht in Frage. Die Frage ist, ob sich die Weitergabe der Schulbildung von Eltern auf Kinder (Bildungsmobilität) durch den Austausch des Bildungssystems in Ostdeutschland verändert – und an Westdeutschland angepasst – hat.

Der von uns beobachtete Ausgangszustand im Jahr 1991 zeigt die Bildungsmobilität in Ost- und Westdeutschland vor der Wiedervereinigung. Die anschließend von uns aufgezeigte Veränderung in der Bildungsmobilität zeigt die Anpassung der Ostdeutschen an das neue Bildungssystem. Die Bildungsmobilität wird als Zusammenhang zwischen der abgeschlossenen Schulbildung der Eltern und dem Besuch der gymnasialen Oberstufe von 17-jährigen Kindern gemessen.

Wir testen 4 Hypothesen:

1. An unserem ersten Beobachtungszeitpunkt 1991 erwarten wir eine höhere Bildungsmobilität in Ost- als in Westdeutschland, weil die Kinder der Arbeiterklasse explizit gefördert werden sollten.
2. Anschließend erwarten wir eine über die Zeit abnehmende Bildungsmobilität in Ostdeutschland, da keine Gleichheit mehr erzwungen wurde und sich das Niveau dem westdeutschen anpasst.
3. Anfangs erwarten wir eine größere Geschlechtergerechtigkeit in den Bildungschancen in Ostdeutsch-

land, weil Frauen und Männer auch gleichermaßen berufstätig waren.

4. Über die Zeit wurden die Arbeitsmarktchancen für Frauen im Osten schlechter und im Westen besser, sodass die Bildungschancen von Mädchen sich in Ost und West angleichen sollten.

Überblick über die Bildungssysteme

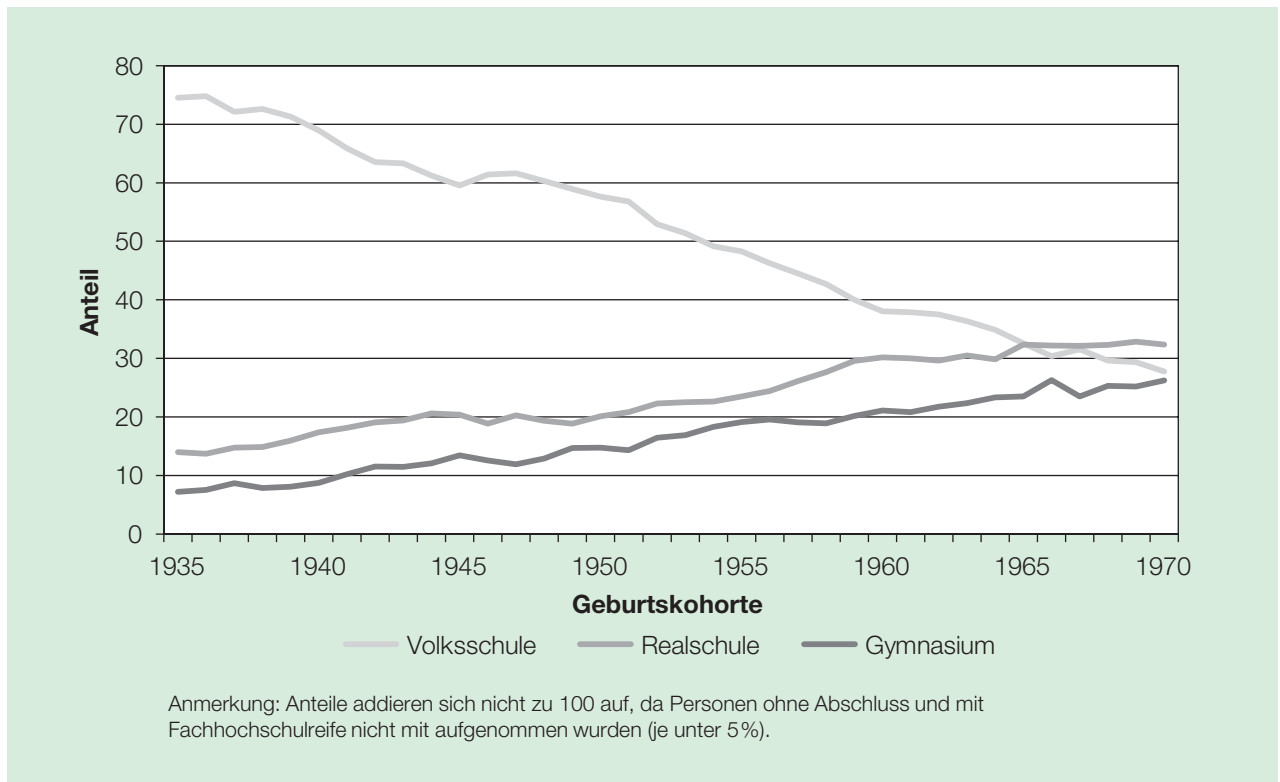
Während in Westdeutschland die Kinder überwiegend nach der vierten Klasse in verschiedene Schultypen sortiert werden, die nach Fähigkeiten differenzieren und eine entscheidende Weiche für das weitere Leben darstellen, war in der DDR die Polytechnische Oberschule (POS) die einzige Schulform. Die Kinder besuchten sie von der ersten bis zur zehnten Klasse. Der Normalfall war ein Abschluss nach der 10. Klasse und wird heute als Äquivalent zum Realschulabschluss gehandelt, obwohl die Anforderungen zum Teil höher waren als in der Realschule (außer in der Sprachausbildung). Die Hochschulreife erhielten Kinder durch den Besuch der erweiterten Oberschule, die nach einigen Reformen zum Schluss weitere zwei Jahre nach dem Abschluss der POS dauerte. Nach der Wende wurde von den neuen Ländern in enger Zusammenarbeit mit westdeutschen Ländern das Schulsystem geändert, was in unterschiedlichen Ausgestaltungen letztendlich bei allen dazu führte, ein gegliedertes Schulsystem nach westdeutschem Vorbild einzuführen, mit Gymnasien als der höchsten Stufe, die zum Abitur führt.

Verteilung der Bildungsabschlüsse in Ost- und Westdeutschland

Die Verteilung der Abschlüsse war in Ost- und Westdeutschland vor der Wiedervereinigung sehr unterschiedlich (vgl. Abb. 1 und 2): In Ostdeutschland gab es eine große Homogenität in den Schulabschlüssen, da

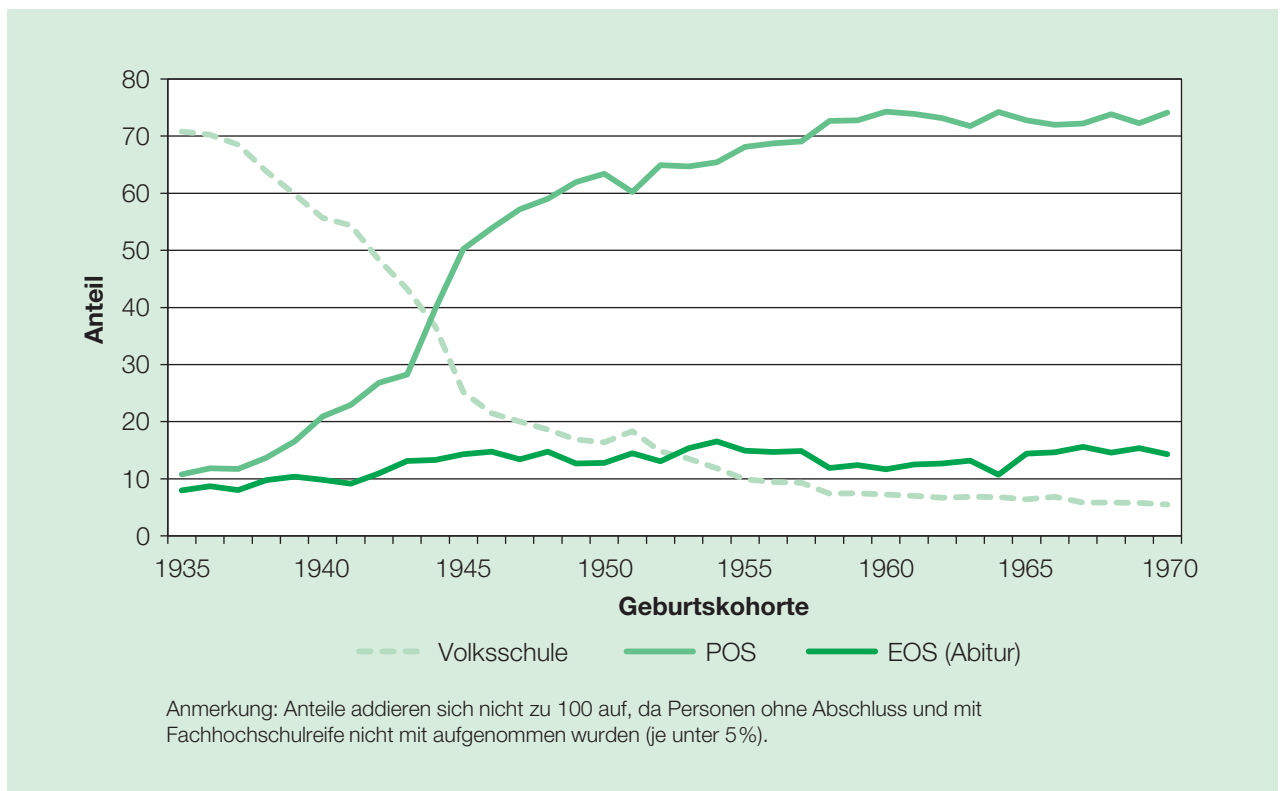
* Prof. Regina T. Riphahn ist Inhaberin der Lehrstuhls für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Dr. Parvati Trübswetter war zum Zeitpunkt der Beitragsstellung wissenschaftliche Mitarbeiterin an o.g. Lehrstuhl und arbeitet heute am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg.

Abbildung 1: Westdeutschland: Geburtenjahrgänge 1935–1970: Abschlüsse bis 1991



Quellen: Mikrozensus 1991; eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Ostdeutschland: Geburtenjahrgänge 1935–1970: Abschlüsse bis 1991



Quellen: Mikrozensus 1991; eigene Berechnungen.

die überwiegende Mehrheit die POS abschloss. Ab der Geburtskohorte von 1950 sank der Anteil der Schüler, der schon vor der 10. Klasse ausschied und somit keinen mittleren Schulabschluss hatte, auf unter 20 %. Der Anteil der Abiturienten war ebenfalls mit unter 15 % sehr niedrig. In Westdeutschland sank die Anzahl der Volksschulabsolventen kontinuierlich, aber auch in der Geburtskohorte von 1970 liegt deren Anteil noch bei knapp 30 %. Abitur und Realschulabschlüsse machen im Westen auch jeweils ca. 30 % aus. Somit sind die drei Schultypen in Westdeutschland von der Geburtskohorte von 1970 ungefähr gleich stark besucht.

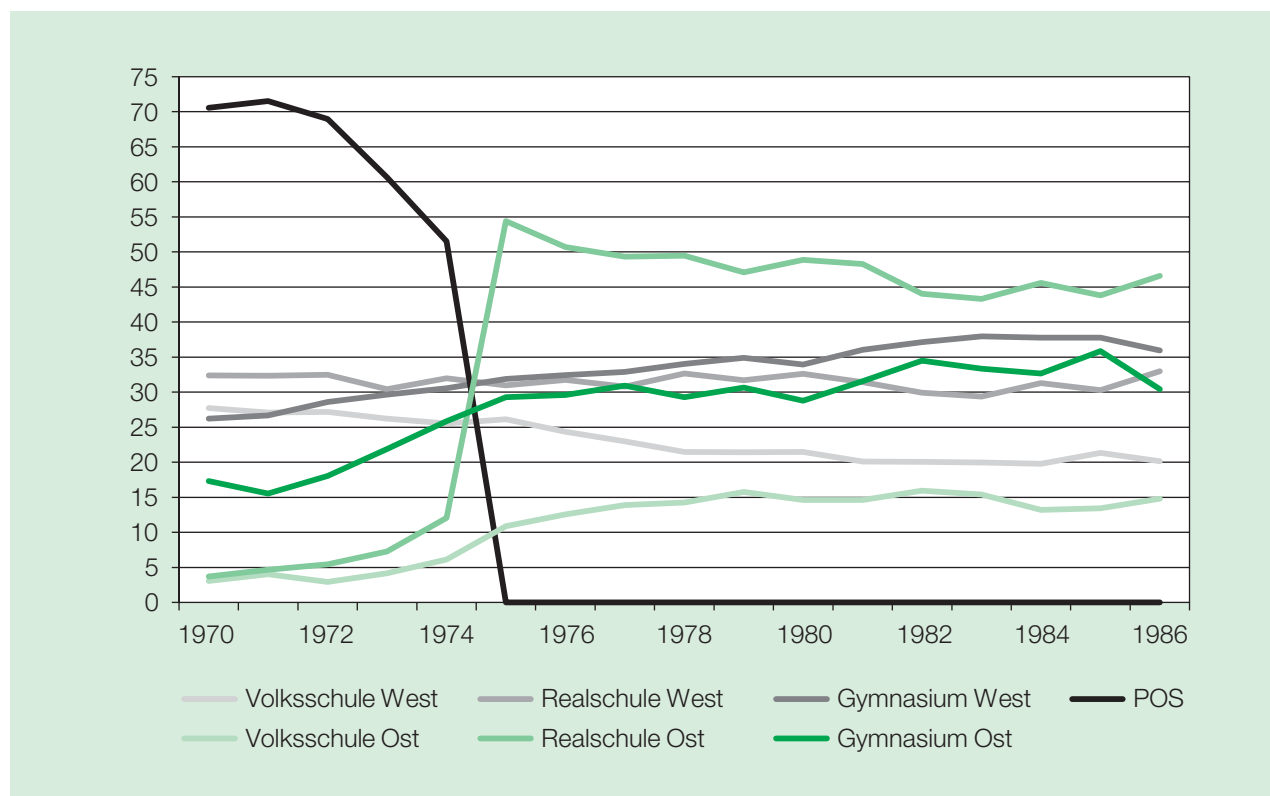
Die Entwicklung nach der Wiedervereinigung lässt sich in Abbildung 3 sehen. Mit der Geburtskohorte von 1975 sanken die POS-Abschlüsse auf null, sie wurden ersetzt durch Realschulabschlüsse, die 55 % der gesamten Abschlüsse abdecken, aber im Laufe der Zeit auf ca. 45 % fallen und somit den hohen Anteil der POS-Absolventen (70 %) nicht halten können. Es steigen sowohl die Volksschulabschlüsse, die von unter 5 % auf 15 % steigen, und die Abiturabschlüsse, die von 15 % auf 35 % steigen. In Westdeutschland gibt es einen leichten Trend weg von Volksschulabschlüssen hin zum Abitur, die Anteile der beiden liegen jeweils etwas über denen der Ostdeutschen, die Realschulabschlüsse haben im Westen einen geringeren Anteil.

Bildungsanteile von Eltern und Kindern in unserer Stichprobe

In der von uns verwendeten Stichprobe, die wir aus den Scientific Use Files des Mikrozensus unterschiedlicher Jahre gezogen haben, wird der Schulbesuch von 17-jährigen Kindern erfasst. Die zu erklärende Variable erfasst, ob die Kinder die gymnasiale Oberstufe besuchen oder nicht. Die Anteile für Ost- und Westdeutschland sowie nach Geschlecht werden in Abbildung 4 über die Zeit dargestellt. Die erste Beobachtung nach der Wende stammt aus dem Jahr 1991 und zeigt den noch tendenziell niedrigen Anteil an Schülern in der gymnasialen Oberstufe, der aus dem Schulsystem der Vorwendezeit stammt. Allgemein ist der Anteil der Mädchen in der Oberstufe höher als der der Jungen. Schon 1993 hat der Anteil der Mädchen im Osten den Anteil im Westen eingeholt, während der Anteil der Jungen im Osten hinter dem Anteil im Westen zurückbleibt. Nach 1993 verlaufen die Kurven weitgehend parallel.

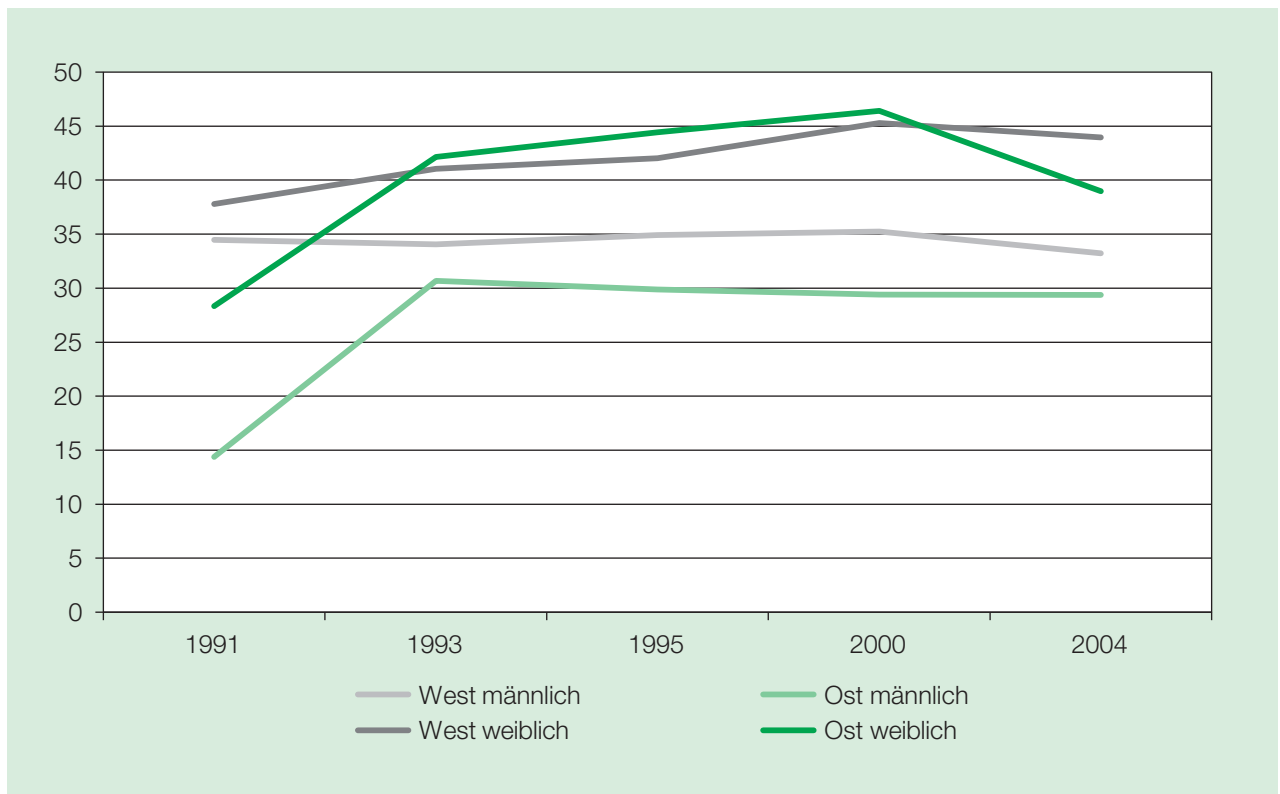
Die Verteilung der Bildungsabschlüsse der Eltern in der Stichprobe für Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich, wie schon aus Abbildungen 1 bis 3 zu vermuten ist. Während in Westdeutschland der Anteil der Eltern mit Volksschulabschluss von über 50 % im Jahr 1991 auf über 30 % im Jahr 2004 sinkt, sinkt er in

Abbildung 3: Sekundarabschlüsse 2007 in Ost- und Westdeutschland ab Geburtsjahr 1970



Quellen: Mikrozensus 2007; eigene Berechnungen.

Abbildung 4: Anteil von 17-Jährigen in der gymnasialen Oberstufe nach Geschlecht



Quellen: Mikrozensus 1991, 1993, 1995, 2000 und 2004; eigene Berechnungen.

Ostdeutschland von knapp 20 % auf ca. 5 %. Der Anteil der Mittelschulabschlüsse (POS bzw. Realschule) liegt in Westdeutschland zwischen 20 % im Jahr 1991 und 30 % im Jahr 2004, in Ostdeutschland bei 60 % (1991) bis ca. 70 % (2004). Eltern mit Abitur machen 1991 in Westdeutschland knapp 20 % aus, diese Zahl steigt bis 2004 auf 30 %. In Ostdeutschland liegt der Anteil 1991 ebenfalls bei knapp 20 %, steigt bis 2004 aber nur auf etwas über 20 %. Wegen der unterschiedlichen Verteilung rechnen wir im Folgenden zwei Varianten. Zum einen teilen wir die Eltern in Eltern mit und ohne Abitur, zum anderen nehmen wir alle drei Abschlüsse, Volksschule, Mittelschule und Gymnasium.

Ergebnisse der Schätzungen der Bildungsmobilität

Tabelle 1 zeigt die mit einem Modell vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für 17-Jährige, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Wir schätzen die Wahrscheinlichkeit, die Oberstufe zu besuchen, über die Zeit und nach Ost- und Westdeutschland getrennt mit Hilfe eines Probit Modells. Erklärt werden die Wahrscheinlichkeiten unter anderem durch die Schulbildung der Eltern, wobei der Schulabschluss des höher gebildeten Elternteils verwendet wird. Es wird für weitere Einflüsse kontrolliert (vgl. Anmerkungen

zu Tabelle 1). Allgemein zeigt sich, dass sich die Wahrscheinlichkeit, das Gymnasium zu besuchen, für 17-Jährige in Westdeutschland von 1991 bis 2004 nur geringfügig geändert hat (von 36 % im Jahr 1991 auf 38 % in 2004, ein Anstieg um 6 %), während in Ostdeutschland der Anteil um 62 % (von 21 % auf 34 %) gestiegen ist und somit fast auf dem Niveau von Westdeutschland angekommen ist.

In Tabelle 1 zeigt sich ferner, inwieweit die Bemühungen um eine höhere Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus bildungsfernen Schichten in der ehemaligen DDR gewirkt haben und wie sich die Anpassung an das westdeutsche Schulsystem vollzogen hat (Hypothesen 1 und 2).

Zunächst betrachten wir nur zwei Bildungsabschlüsse der Eltern: Abitur und kein Abitur. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1, Bereich A und B dargestellt. Ein Kind mit Eltern mit Abitur besucht im Osten mit 2,51-mal so hoher Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium als ein Kind mit Eltern ohne Abitur, während das Verhältnis im Westen bei 2,46 liegt. Es herrschte also zu Beginn unseres Beobachtungszeitraums keine höhere Bildungsdurchlässigkeit in Ost- als in Westdeutschland. Über die Zeit sinkt das Verhältnis in Westdeutschland auf 1 zu 2,07 (also auf 84 % des Ausgangswertes), während es in Ostdeutschland nur auf 92 % des Ausgangswertes und damit auf 1 zu

Tabelle 1: Die Entwicklung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, nach Elternbildung

	1991	2004	Verhältnis 2004/1991
A – West			
Durchschnitt alle Eltern	0,36	0,38	1,06
1 Eltern ohne Abitur	0,28	0,29	1,04
2 Eltern mit Abitur	0,69	0,60	0,87
Verhältnis 2/1	2,46*	2,07*	0,84
B – Ost			
Durchschnitt alle Eltern	0,21	0,34	1,62
1 Eltern ohne Abitur	0,16	0,26	1,61
2 Eltern mit Abitur	0,41	0,61	1,49
Verhältnis 2/1	2,51*	2,32*	0,92
C – West			
1 Eltern Volksschulabschluss	0,21	0,21	0,97
2 Eltern mittlerer Abschluss	0,46	0,39	0,83
3 Eltern Abitur	0,69	0,60	0,87
Verhältnis 3/1	3,24*	2,90*	0,90
Verhältnis 3/2	1,48*	1,55*	1,04
D – Ost			
1 Eltern Volksschulabschluss	0,10	0,14	1,38
2 Eltern mittlerer Abschluss	0,18	0,27	1,48
3 Eltern Abitur	0,41	0,61	1,49
Verhältnis 3/1	3,94*	4,28*	1,08
Verhältnis 3/2	2,24*	2,27*	1,01

Anmerkungen: Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten stammen aus Probit-Regressionen, die pro Jahr und für Ost und West getrennt geschätzt wurden. Standardfehler der Verhältnisse wurden mit Bootstrapverfahren mit 100 Wiederholungen berechnet (* signifikant von Eins verschieden): Weitere erklärende Variablen: Geschlecht, Stadt versus Land, Alter des älteren Elternteils, alleinerziehender Vater, alleinerziehende Mutter, Zahl der in der Familie lebenden Geschwister.

Quellen: Mikrozensus Stichproben 1991, 1995 und 2004; eigene Berechnungen.

2,32 sinkt. Die Bildungsdurchlässigkeit wird also in Ost- und Westdeutschland größer, die Lücke zwischen Ost- und West steigt allerdings auch.

Hinter diesen Veränderungen steht in Ostdeutschland ein sehr großer Anstieg in der Zahl der bildungsfernen Kinder, die die Gelegenheit bekommen, das Gymnasium zu besuchen (61 %) und ein nicht ganz so hoher Anstieg der Kinder von Eltern mit Abitur (49 %). In Westdeutschland kommt die Veränderung vor allem von den sinkenden Chancen von Kindern mit Eltern mit Abitur.

Bei einer Berücksichtigung aller drei Bildungsabschlüsse der Eltern zeigt sich ein etwas differenzierteres Bild (vgl. Tabelle 1, Bereich C und D). In Westdeutschland gewinnen vor allem Kinder von Volksschulabsolventen, Kinder von Realschulabsolventen verlieren leicht. In Ostdeutschland verlieren nur die Kinder von Volksschulabsolventen, die Chancen der Kinder von Eltern mit POS-Abschluss bleiben beinahe konstant.

In der Gesamtschau wird unsere erste Hypothese, dass anfangs eine höhere Bildungsmobilität in Ost-

deutschland vorherrschte, von den Daten nicht bestätigt. Eine Anpassung an das westdeutsche Niveau, die in Hypothese 2 formuliert wird, ist tendenziell zu beobachten, aber noch nicht erreicht.

Hypothesen 3 und 4 betreffen die Geschlechtergleichstellung in der Schulbildung. Im Jahr 1991 sollte laut Hypothese 3 in Ostdeutschland eine höhere Geschlechtergerechtigkeit vorherrschen, da die Frauen auch im Beruf gleichgestellt waren. Hypothese 4 besagt, dass sich die Bildungschancen der Mädchen in Ostdeutschland über die Zeit wegen der Verschlechterung der Arbeitssituation der Frauen in Ostdeutschland verschlechtern, während sich im Westen gleichzeitig die Situation für die Mädchen wegen der steigenden Arbeitsmarktpartizipation der Frauen verbessern sollte.

In Tabelle 2 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, die Oberstufe zu besuchen, nach Jungen und Mädchen getrennt dargestellt. Es zeigt sich, dass zwar im Osten die Wahrscheinlichkeiten wieder niedriger sind als im Westen, die Mädchen im Osten 1991 aber mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit die Oberstufe besuchten als die Jungen. Im Westen sind die Wahrscheinlichkeiten für Jungen und Mädchen etwa gleich hoch. Die Hypothese einer Besserstellung von Mädchen im Osten wird durch unsere Daten also bestätigt. Über die Zeit nimmt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis im Osten stark ab und im Westen zu, sodass Mädchen 2004 sowohl im Osten als auch im Westen mit 1,3-mal höherer Wahrscheinlichkeit die Oberstufe besuchen als Jungen. Die Veränderung wird im Osten durch einen geringeren Anstieg der Schulbesuchszahlen von Mädchen als von

Jungen getrieben, während es im Westen zu einer starken Verbesserung für Mädchen bei einer gleichbleibenden Zahl für Jungen kommt. Das Geschlechterverhältnis hat sich also zwischen Ost- und Westdeutschland über die Zeit ausgeglichen. Die Hypothesen über die Geschlechterverteilung beim Besuch der gymnasialen Oberstufe können also durch die Daten bestätigt werden.

Fazit

Wir finden insgesamt, dass die Elternbildung positiv mit dem Schulbesuch 17-jähriger Kinder korreliert und dass sich das Muster sowohl signifikant zwischen Ost- und Westdeutschland als auch über die beobachteten Zeitpunkte unterscheidet.

Kinder mit Eltern ohne Abitur hatten in Ostdeutschland kurz nach der Wende geringere Chancen, das Gymnasium zu besuchen als in Westdeutschland, was unserer Hypothese der größeren Bildungsgerechtigkeit in der DDR widerspricht. Eine Bildungsgerechtigkeit ist eher in dem sehr hohen Anteil an POS-Absolventen zu sehen, allerdings ist diese Gerechtigkeit eher durch eine Verschlechterung der Chancen auf einen höheren Abschluss zustande gekommen als durch eine gezielte Förderung von bildungsfernen Kindern.

Ferner passen sich die Bildungsmobilitätsraten nur langsam an das westdeutsche Niveau an. Wichtig zu berücksichtigen ist zudem die sehr unterschiedliche Bildungsstruktur: Während in Ostdeutschland überwiegend Eltern mit POS-Abschluss in unserer Stichprobe sind,

Tabelle 2: Die Entwicklung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, nach Geschlecht

	1991	2004	Verhältnis 2004/1991
West			
1 Mann	0,38	0,44	1,16
2 Frau	0,34	0,33	0,97
Verhältnis 1/2	1,1*	1,3*	1,19
Ost			
1 Mann	0,28	0,39	1,39
2 Frau	0,14	0,30	2,14
Verhältnis 1/2	2,0*	1,3*	0,65

Anmerkungen: Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten wurden pro Jahr und für Ost und West getrennt mit Probit-Modellen geschätzt. Standardfehler der Verhältnisse wurden mit Bootstrapverfahren mit 100 Wiederholungen berechnet (* signifikant von Eins verschieden); Weitere erklärende Variablen: Bildung der Eltern, Stadt versus Land, Alter des älteren Elternteils, alleinerziehender Vater, alleinerziehende Mutter, Zahl der in der Familie lebenden Geschwister.

Quellen: Mikrozensus Stichproben 1991, 1995 und 2004; eigene Berechnungen.

gibt es in Westdeutschland einen hohen Anteil an Eltern mit Volksschulabschluss.

Unsere Hypothesen zur Geschlechterverteilung beim Besuch der gymnasialen Oberstufe wurden bestätigt: Im Osten hatten die Mädchen eine höhere Wahrscheinlichkeit, das Gymnasium zu besuchen, über die Zeit hat sich das Verhältnis zwischen Ost und West ausgeglichen.

Literatur

- HERTZ, TOM; JAYASUNDERA, TAMARA; PIRAINO, PATRIZIO; SELCUK, SIBEL; SMITH, NICOLE und ALINA VERASHCHAGINA (2007): The Inheritance of Educational Inequality: International Comparisons and Fifty-Year Trends, *The B. E. Journal of Economic Analysis & Policy*. Advances 7(2), Article 10.
- MATEJU, PETR; REHAKOVA, BLANKA und NATALIE SIMONOVA (2003): Transition to University under Communism and after Its Demise. The Role of Socio-Economic Background in the Transition between Secondary and Tertiary Education in the Czech Republic 1948–1998, *Czech Sociological Review* 39(2), S. 301–324.
- RIPHAHN, REGINA T. und PARVATI TRÜBSWETTER (2011): The intergenerational transmission of educational attainment in East and West Germany, IAB Diskussionspapier Nr. 04/2011.

Der Dresdner Arbeitsmarkt – die qualifizierte Beschäftigung nimmt zu

Anna Montén und Wolfgang Nagl*

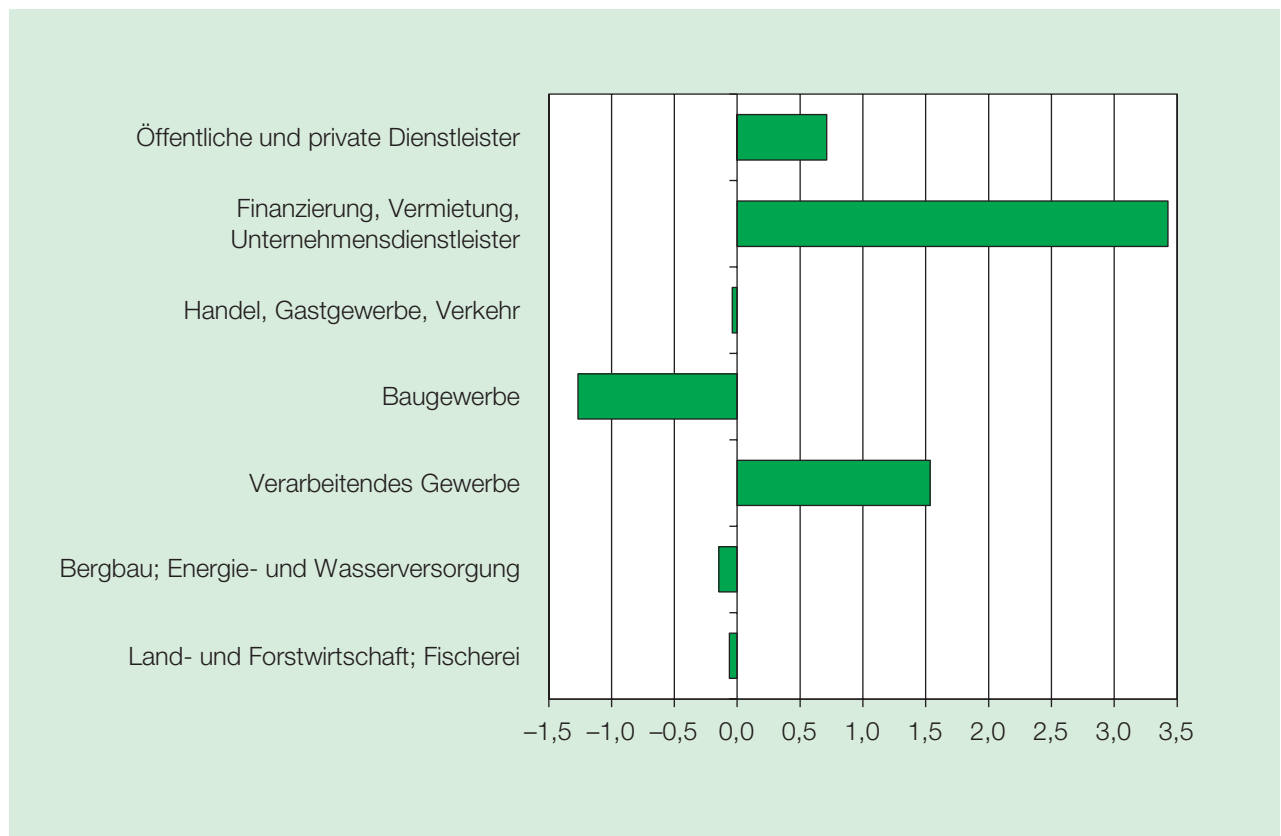
Seit 2005 steigt die Beschäftigung in der Landeshauptstadt Dresden gegen den sächsischen Trend an. Woraus entspringt diese positive Beschäftigungsentwicklung? Der folgende Beitrag zeigt, dass der Beschäftigungsaufbau durch den Dienstleistungsbereich getrieben ist und dass damit eine verstärkte Beschäftigung von (hoch) qualifizierten Arbeitnehmern einhergeht. Was aber impliziert diese Schlussfolgerung vor dem Hintergrund des einsetzenden demographischen Wandels mit einer zunehmenden Alterung und Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung? Es wird gezeigt, dass Dresden aufgrund seines (prognostizierten) Bevölkerungswachstums die Alterung der Erwerbsbevölkerung kompensieren kann. Auch hat Dresden als Hochschulstandort das Erwerbspersonenpotenzial, um auf die steigenden Qualifikationsanforderungen ausreichend vorbereitet zu sein.

Beschäftigungsaufbau wird hauptsächlich vom Dienstleistungsbereich getragen

Zunächst wird die vergangene Entwicklung des Dresdner Arbeitsmarktes thematisiert. Abbildung 1 fasst den Anteil der einzelnen Wirtschaftszweige an der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen (SV) Beschäftigung in Dresden von 2003 bis 2008 zusammen. Insgesamt wuchs die Beschäftigung in diesem Zeitraum um 4,2 Prozentpunkte. Der Großteil dieses Zuwachses stammt aus den dienstleistungsorientierten Bereichen. Der größte Beitrag kam aus dem Bereich „Finanzierung, Vermietung

* Anna Montén ist Doktorandin und Wolfgang Nagl Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige zum Wachstum der Erwerbstätigkeit in Dresden im Zeitraum von 2003 bis 2008 (in Prozentpunkten)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2011a), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

und Unternehmensdienstleister“ mit 3,4 Prozentpunkten. Der Beitrag des Bereichs „öffentliche und private Dienstleister“ zum Zuwachs der SV-Beschäftigung betrug 0,7 Prozentpunkte. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete im gleichen Zeitraum ein Wachstum von 1,5 Prozentpunkten.

Beschäftigungsaufbau findet vor allem im hoch qualifizierten Bereich statt

Interessant ist zu sehen, ob der Beschäftigungsaufschwung in der breiten Masse der Arbeitnehmer ankommt oder ob bestimmte Bildungsschichten über- bzw. unterproportional profitieren. Eine qualifikationsspezifische Analyse gibt Aufschluss darüber, inwiefern sich die Qualifikationszusammensetzung in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterscheidet. Hierzu erfolgt eine Einteilung in drei Qualifikationsgruppen: ohne Berufsabschluss, mit Berufsabschluss und mit Hochschulabschluss (vgl. Tab. 1).

Um eine qualifikationsspezifische Analyse durchführen zu können, erfolgt aus Gründen der Datenverfügbarkeit eine Konzentration auf SV-Beschäftigte, da nur für diese Beschäftigtengruppe ausreichend sozio-demographische Angaben vorliegen. Sie machen mit 69 % jedoch den größten Teil der gesamten Erwerbstätigen aus, zu denen zusätzlich Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, marginal Beschäftigte und Beamte gehören.

Da die Beschäftigungszunahme hauptsächlich durch den Dienstleistungsbereich getrieben wurde, bedarf es einer Analyse, inwiefern in unterschiedlichen Wirtschaftsbereich unterschiedliche Qualifikationsanforderungen vorherrschen. Diese finden Ausdruck in unterschiedlichen

Qualifikationszusammensetzungen der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Ein Vergleich über die Zeit ist aufgrund einer veränderten Wirtschaftszweig-Klassifikation nicht möglich.¹ Dennoch erlaubt eine aktuelle Querschnittsbetrachtung Einblicke in die Beschäftigungsstruktur der einzelnen Sektoren. Abbildung 2 weist die Zusammensetzung der einzelnen Wirtschaftszweige nach Qualifikation aus.²

Aus Abbildung 2 wird deutlich, dass der Anteil der Hochqualifizierten in den großen dienstleistungsorientierten Sektoren (Öffentliche und private Dienstleister, Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister) deutlich überdurchschnittlich ist. Besonders hebt sich der neue Sektor „Information und Kommunikation“ hervor. Hier sind Hochschulabsolventen und Personen mit Berufsausbildung gleich stark vertreten. Im Bereich des Produzierenden Gewerbes ist hingegen der Anteil der Hochqualifizierten eher unterdurchschnittlich. Die Wirtschaftssektoren mit überdurchschnittlich vielen Hochqualifizierten sind es gerade auch, die hauptsächlich die Beschäftigungszunahme in Dresden bestimmen.

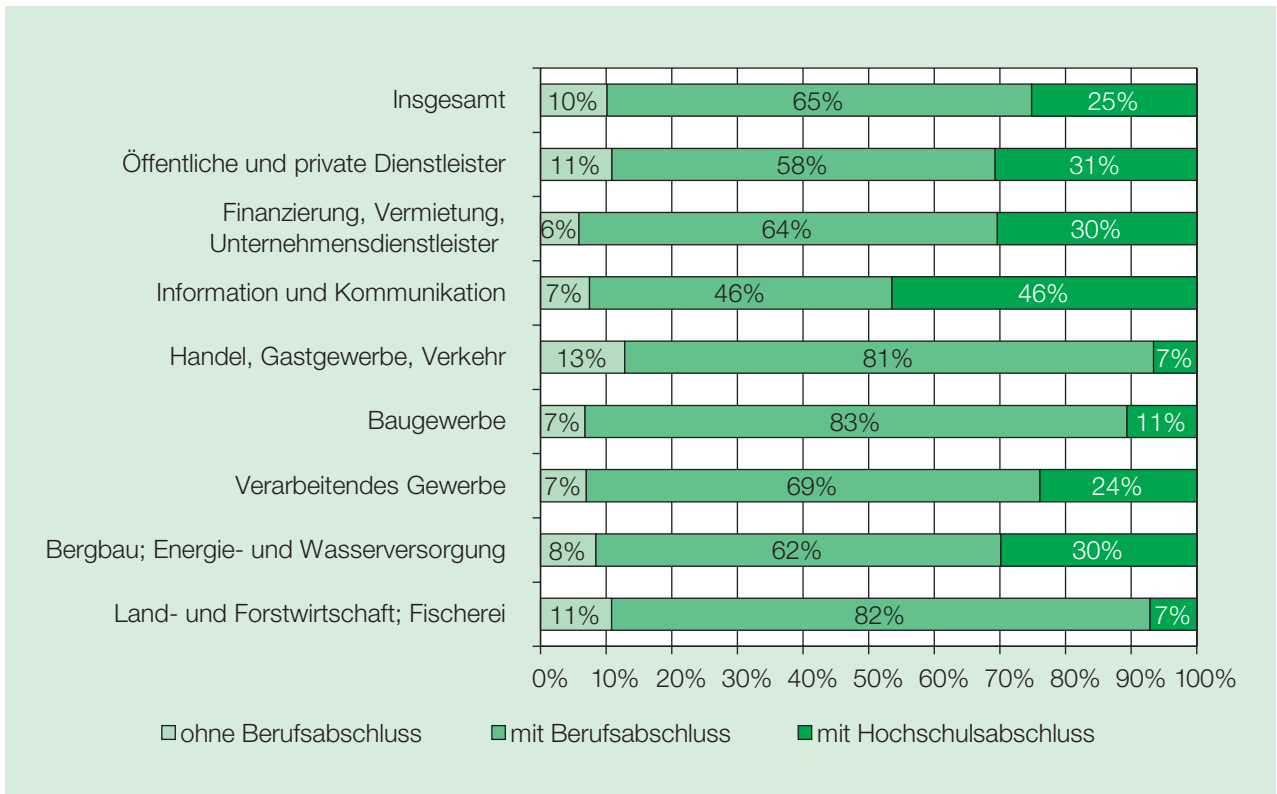
Der höhere Anteil an Beschäftigten mit Hochschulabschluss im Dienstleistungssektor führt zusammen mit dem stärkeren Beschäftigungswachstum in diesem Bereich zu einem Anstieg der aggregierten hoch qualifizierten Beschäftigung in Dresden. Die generelle qualifikationsspezifische Darstellung der SV-Beschäftigung nach Arbeitsortprinzip in Abbildung 3 zeigt außerdem, dass im Beobachtungszeitraum von 2004 bis 2010 auch die Zahl der Beschäftigten mit Berufsabschluss leicht gestiegen ist.^{3,4} Dagegen ist die Beschäftigung von Personen ohne Berufsausbildung in den letzten Jahren leicht gesunken. Die Beschäftigung bei den Hochschulabsolventen hat

Tabelle 1: Zuordnung der Abschlussarten zu den Qualifikationsgruppen

Ohne Berufsabschluss (gering qualifiziert)	Keine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung
Mit Berufsabschluss (mittel qualifiziert)	Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr Lehrausbildung, Berufsfachschule, Kollegschule, einjährige Schule des Gesundheitswesens, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung Meister-/Technikerausbildung, Fachschule, zwei- oder dreijährige Schule des Gesundheitswesens, Fach- oder Berufsakademie, Verwaltungsfachhochschule
Mit Hochschulabschluss (hoch qualifiziert)	Fachhochschule, Ingenieurabschluss Hochschule, Promotion

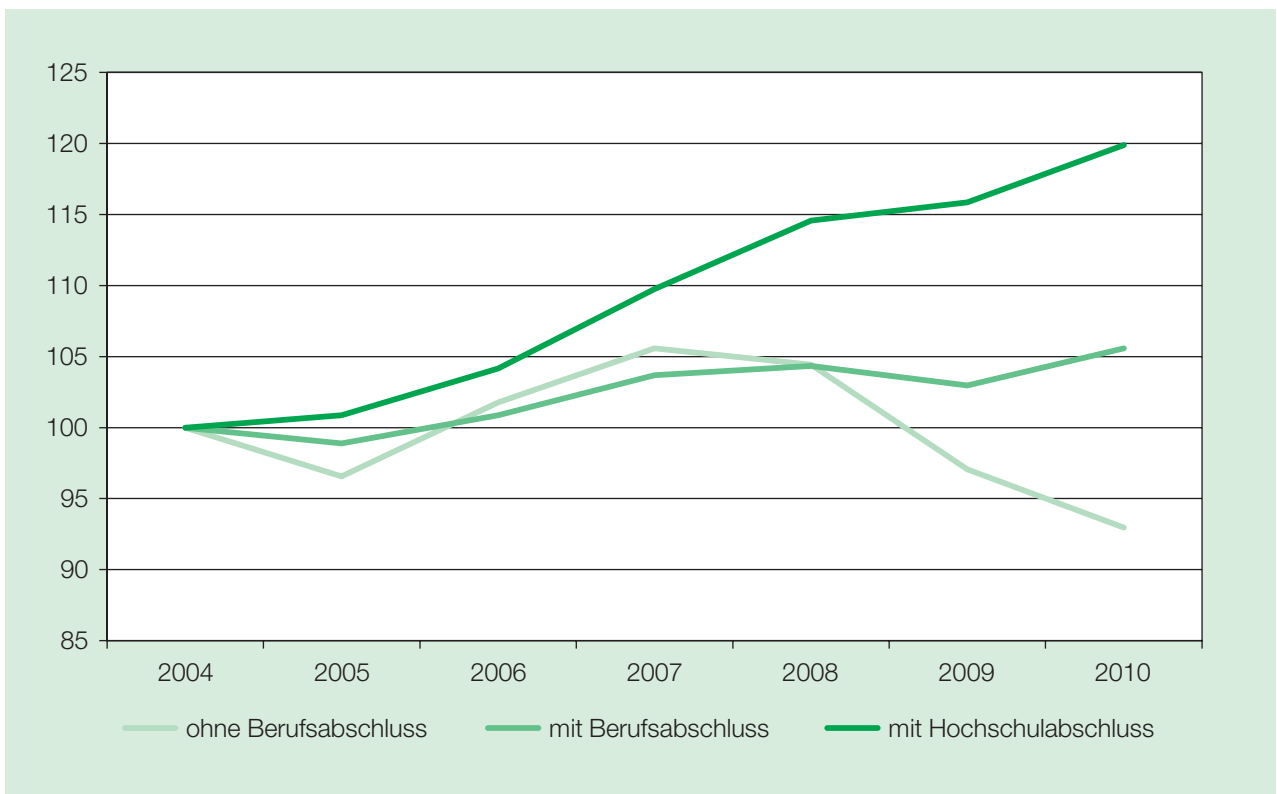
Quellen: Zusammenstellung des ifo Instituts in Anlehnung an Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2005).

Abbildung 2: Qualifikationsstruktur der SV-Beschäftigten in Dresden in den Wirtschaftszweigen (2010)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2011b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: SV-Beschäftigung am Arbeitsort Dresden nach Qualifikation (2004 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (verschiedene Jahrgänge), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

hingegen zugenommen. Diese Entwicklung lässt sich wie bereits argumentiert u. a. mit der zunehmenden Dienstleistungsorientierung in Dresden erklären.

Die Zunahme der hoch qualifizierten Beschäftigung kann als realisierte Arbeitsnachfrage interpretiert werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der anderen Marktseite: dem Arbeitsangebot. Interessant ist hierbei vor allem, ob die steigende Nachfrage nach Hochqualifizierten gedeckt werden kann oder ob sich eine Verknappung von geeigneten Arbeitskräften in bestimmten Bereichen abzeichnet.

Fachkräfteverknappung aufgrund des hohen Dienstleistungsanteils in Dresden?

Der in der öffentlichen Diskussion oft gebrauchte Begriff des „Fachkräftemangels“, im Sinne fehlender Arbeitskräfte, ist aus ökonomischer Sicht unplausibel, da auf einem funktionierenden (Arbeits-)Markt der Preis (Lohn) dafür sorgt, dass Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind. Verknappt sich das Arbeitsangebot, sorgt ein Anstieg des Lohnes dafür, dass Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zur Deckung gebracht werden. Aus ökonomischer Perspektive besteht das Problem des „Fachkräftemangels“ daher primär in einer relativen Verknappung, die sich unter anderem in erhöhtem Lohn- und Druck widerspiegelt.

Angesichts des demographischen Wandels [Alterung und Schrumpfung der (Erwerbs-)bevölkerung] kann von einer Verknappung des Arbeitsangebots ausgegangen werden, da mehr Personen in den Ruhestand eintreten als in den jüngeren Kohorten nachrücken. Vor allem bei qualifizierten und hochqualifizierten Tätigkeiten ist mit einer unzureichenden Deckung des Ersatzbedarfs zu rechnen, da diese Tätigkeiten zukünftig eine Bedeutungszunahme erfahren werden. Der daraus resultierende

Rückgang des Arbeitsangebots von Fachkräften führt zu einem Anpassungsdruck der Löhne, der in den einzelnen Branchen unterschiedlich intensiv ausfallen dürfte. Branchen mit einem überdurchschnittlichen Anteil höher qualifizierter Arbeitnehmer – d. h. vor allem dienstleistungsorientierte Sektoren – haben demnach einen stärkeren Bedarf nach speziell ausgebildeten Beschäftigten und sind somit eher von einer zunehmenden Knappheit betroffen.

Ein Frühindikator für einen zukünftig höheren Anpassungsdruck stellt das Durchschnittsalter in den einzelnen Berufsbereichen dar.⁵ Dahinter steht die Überlegung, dass die in Ruhestand gehenden Arbeitnehmer nicht mehr ausreichend ersetzt werden können. Die Berufsbereiche dienen als Annäherung an die betrachteten Wirtschaftszweige. Ein Großteil der in Dienstleistungsberufen beschäftigten Arbeitnehmer ist auch im Dienstleistungssektor tätig, während sich die in Fertigungs- und Technischen Berufen Beschäftigten dem Verarbeitenden Gewerbe zuordnen lassen. Untersuchungen für Ostdeutschland bestätigen ein höheres Durchschnittsalter in den Dienstleistungsberufen und den Technischen Berufen im Vergleich zu den Fertigungsberufen (vgl. Tab. 2).⁶

Um den zukünftigen Anpassungsdruck infolge des demographischen Wandels abschätzen zu können, sind neben dem Durchschnittsalter auch die jeweiligen Beschäftigungsanteile der einzelnen Berufsgruppen in Dresden relevant. Nur wenn ein Bereich mit relativ hohem Durchschnittsalter auch einen signifikanten Beschäftigungsanteil in Dresden stellt, wirkt dies ein Problem auf. Um einen Vergleich zu haben und die Anteile besser einordnen zu können, werden dabei die Anteile von Dresden mit denen von Ostdeutschland verglichen (vgl. Tab. 3).

Die oben bereits dargelegte Relevanz des Dienstleistungssektors für Dresden wird durch Tabelle 3 nochmals betont. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungs-

Tabelle 2: Statistische Alterswerte der unterschiedlichen Berufsbereiche in Ostdeutschland (2007)

	Fertigungsberufe	Technische Berufe	Dienstleistungsberufe
Mittelwert	40,9	43,7	42,2
Median	42,0	44,0	43,0
75-%-Quantil	49,0	52,0	51,0

Hinweis: Der Mittelwert bezeichnet das arithmetische Mittel aller Altersrealisationen, der Median gibt das Alter an, unter dem 50 % aller Altersrealisationen liegen und das 75-%-Quantil gibt an, unter welchen Alter sich 75 % aller Altersrealisationen finden.

Quellen: BA-Beschäftigten Panel (2008), Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 3: Beschäftigungsanteile nach Berufsgruppen (in %)

	Landwirtschaft	Fertigungsberufe	Technische Berufe	Dienstleistungsberufe
Dresden	1,0	18,5	10,0	67,8
Ostdeutschland	2,4	25,3	5,4	64,9

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2010a, b), Berechnungen des ifo Instituts.

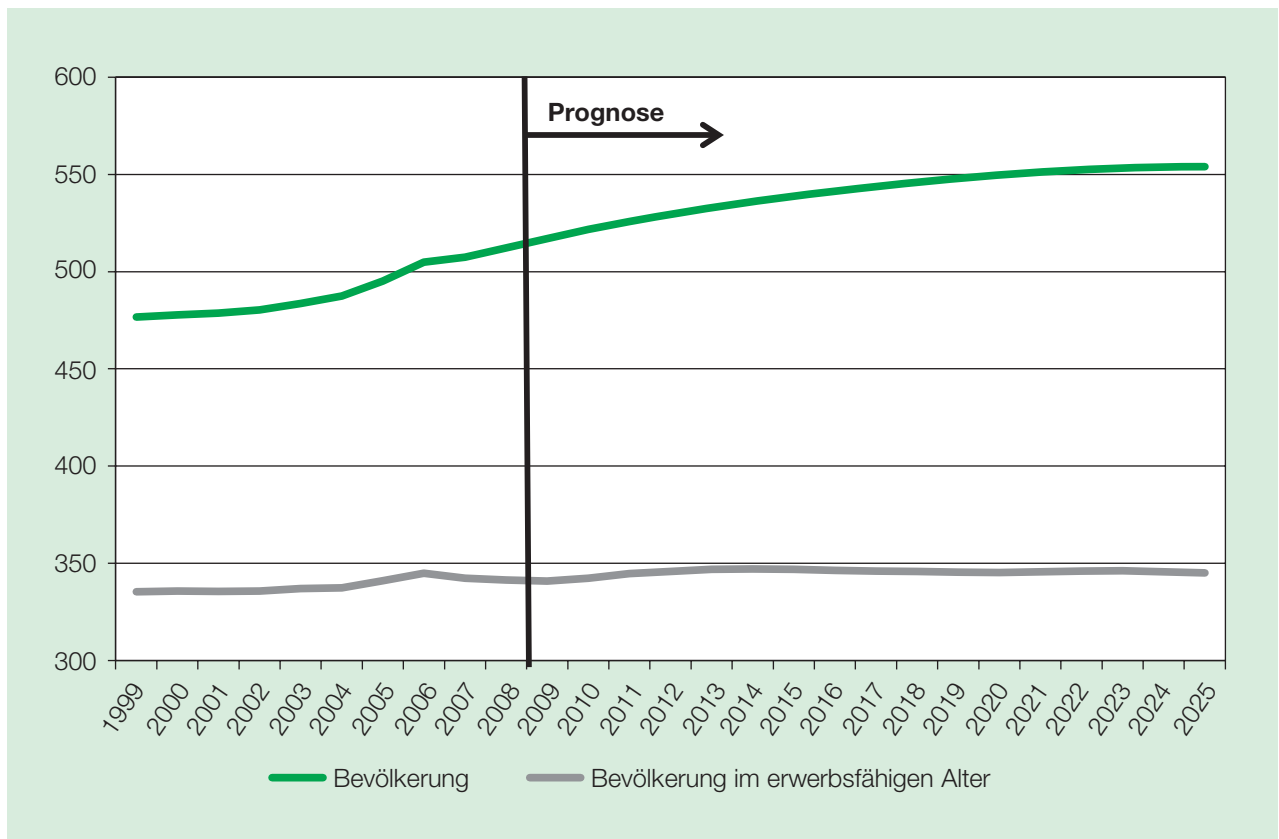
bereich liegt in Dresden sowohl über dem sächsischen als auch über dem ostdeutschen Durchschnitt. Neben den Dienstleistungsberufen sind auch die Technischen Berufe in Dresden im Vergleich zu Sachsen und Ostdeutschland überrepräsentiert. Die Technischen Berufe weisen ein noch höheres Durchschnittsalter auf als die Dienstleistungsberufe. Beide Tatsachen weisen somit auf einen steigenden Ersatzbedarf an Fachkräften in Dresden hin. Inwiefern ein erhöhter Ersatzbedarf an Fachkräften am Dresdner Arbeitsmarkt gegebenenfalls kompensiert werden kann, hängt aber auch von der Entwicklung des Angebots an adäquaten Arbeitskräften ab.

Rückgang der Erwerbsbevölkerung wird durch positive Bevölkerungsentwicklung aufgefangen

Generell bestimmt die Bevölkerung und insbesondere die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter das Arbeitsangebot. Die zukünftige Entwicklung beider Größen soll deshalb kurz dargestellt werden.

Im Jahr 2006 ist die Dresdner Bevölkerung wieder über die Halbe-Million-Marke (mit 504.795 Einwohnern) gestiegen [STATISTISCHES LANDESAMT (2010), Bevölkerung am 31.12]. Seitdem ist die Bevölkerung weiter gewachsen und umfasste 2009 schon ca. 517.000 Einwohner (vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Entwicklung der Gesamtbevölkerung und Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Dresden 1999–2008 und Prognose ab 2009 bis 2025 (in 1.000 Einwohner)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (verschiedene Jahrgänge), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Die Zunahme der Dresdner Bevölkerung ist sowohl auf eine günstige natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenanzahl minus Sterbefälle) als auch auf einen seit dem Jahr 2000 konstant positiven Wanderungssaldo zurückzuführen, wird aber quantitativ durch letzteren getrieben. Für Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss ist die Nettomigrationsrate in Dresden positiv. Dem gegenüber steht eine Nettoabwanderung von Arbeitnehmern mit Berufsabschluss und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss [BUCH et al. (2010)].

Neben dem positiven Wanderungssaldo weist Dresden seit 2006 wieder ein leicht positives natürliches Bevölkerungswachstum auf. Wenn sich diese beiden Trends weiterhin fortsetzen, wird für 2025 eine Einwohnerzahl von 554.000 prognostiziert⁷ (vgl. Abb. 4, grüne Linie).

Für eine Analyse des Arbeitsmarktes ist hauptsächlich die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter, d. h. im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, von Interesse. Von 1999 bis 2006 stieg die Zahl auf fast 350.000 Einwohner an, von 2006 bis 2009 war die Entwicklung jedoch rückläufig.⁸ Seither wird wieder ein leichtes Wachstum bis 2025 prognostiziert (vgl. Abb. 4, graue Linie). Diese Entwicklung folgt aus der positiven Wanderungsbilanz der letzten Jahren (da vor allem relativ junge Personen zuwandern) und der seit dem Jahr 2000 gestiegenen Geburtenzahl.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung wird die Zahl der Einwohner in erwerbsfähigem Alter nicht kontinuierlich weiter ansteigen, allerdings auch nicht fallen. Ab dem Jahr 2012 wird die Zahl der aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen etwa gleich der Zahl der neuen Erwerbspersonen sein. Die Zahl der Einwohner in erwerbsfähigem Alter verbirgt aber auch viele Studenten. Viele junge Menschen kommen nach Sachsen bzw. Dresden, um hier zu studieren, wandern aber auch nach dem Studium wieder ab.

Daten des Hochschulinformationssystem (HIS)⁹ zeigen, dass Sachsen netto jährlich insgesamt 20 % seiner Hochschulabsolventen verliert. Demnach wandert zurzeit ein großes Potenzial an Arbeitnehmern ab. Zwar sind, wie gezeigt, die von Alterung am meisten betroffenen technischen und dienstleistungsorientierten Berufe in Dresden überproportional vertreten. Jedoch gibt es aufgrund der Technischen Universität und weiterer Hochschulen auch potenziell ein großes Angebot an Fachkräften.

Wenn sich die gezeigten Trends fortsetzen, wird zudem vor allem die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften steigen. Dies dürfte die Absolventen verstärkt in Dresden halten. Neben attraktiven Wohn- und Arbeitsbedingungen dürfte hier auch die Lohnentwicklung eine Rolle spielen. So ist damit zu rechnen, dass bei steigender Verknappung der Fachkräfte ein Lohndruck nach oben entsteht.

Fazit

Eine Betrachtung der aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen machte deutlich, dass insbesondere die Beschäftigung von Personen mit Hochschulabschluss in Dresden in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Personen ohne Berufsabschluss konnten hingegen kaum von der günstigen Entwicklung profitieren. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften mit Hochschulabschluss auch in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Allerdings ist Dresden ein Hochschulstandort sowie attraktiver Wohnort und weist eine vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung auf. Damit ist die Stadt für diese Herausforderungen prinzipiell gut aufgestellt. Durch die Verknappung von qualifizierten Arbeitskräften entsteht für die Unternehmen allerdings ein verstärkter Lohndruck.

Literatur

- ARBEITSKREIS „VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER“ IM AUFTRAG DER STATISTISCHEN ÄMTER DER 16 BUNDESLÄNDER, DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES UND DES BÜRGERAMTES, STATISTIK UND WAHLEN, FRANKFURT A. M. (Hrsg.) (2010): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Reihe 2, Kreisergebnisse Band I: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994–2009.
- BA-BESCHÄFTIGTENPANEL (Hrsg.) (2008): Scientific-Use-File des BA-Beschäftigtenpanel 1998–2007, Institut Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- BUCH, T.; HAMANN, S. und A. NIEBUHR (2010): „Wanderungsbilanzen deutscher Metropolen: Der Wettbewerb um kluge Köpfe nimmt zu.“ IAB-Kurzbericht, 16/2010.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2010a): Beschäftigung am Arbeitsort – Dresden (Stadt), Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2010b): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsordnungen – Ostdeutschland, Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2011a): Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach der WZ03, Nürnberg.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2011b): Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Sozialversicherungspflichtig (SvB) und geringfügig entlohnte Beschäftigte (geB) (für Dresden, Leipzig und Chemnitz), Nürnberg.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (verschiedene Jahrgänge): Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Be-

schäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Kreisen und kreisfreien Städten, Nürnberg, Stichtage 30. Juni 1999–2010.

FABIAN, G. (2009): „Wanderungen von erwerbstätigen Hochschulabsolventinnen und -absolventen ausgewählter Fachrichtungen von und nach Sachsen.“ HIS: Datenbericht Februar 2009.

KLUGE, J., MONTÉN, A., NAGL, W., SCHIRWITZ, B. und M. THUM (2011): „Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden“, ifo Dresden Studien, erscheint demnächst.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) März 2004, Statistische Berichte A V II 1, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2011a): Bevölkerungsprognose: Voraussichtliche Bevölkerung. 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025. <http://www.statistik.sachsen.de/genonline/online/logo>, abgerufen 06.05.2011, 09.53 Uhr.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2011b): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. <http://www.statistik.sachsen.de/genonline/online/logon>, abgerufen 05.05.2011, 11.00 Uhr.

- ¹ Eine Umrechnung der WZ03-Klassifikation in die WZ08-Klassifikation ist auf 3-Stellerebene nicht trennscharf möglich.
- ² Die Abgrenzung der Wirtschaftszweige in Abbildung 1 und 2 unterscheiden sich aufgrund der unterschiedlichen Klassifikation der VGR der Länder und der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Ein direkter Vergleich wird erst nach der Umstellung auf WZ08 in der VGR der Länder möglich sein.
- ³ Beim Arbeitsortprinzip werden die SV-Beschäftigten der Gemeinde entsprechend ihres Arbeitsortes zugeordnet. Die qualitative Entwicklung der Beschäftigung nach Qualifikation unterscheidet sich nicht nach Arbeitsort und Wohnortprinzip [KLUGE et.al (2011)].
- ⁴ Für die Beschäftigten ohne Angabe zur beruflichen Qualifikation wurde die gleiche Qualifikationsverteilung angenommen wie für die Personen mit Angabe.
- ⁵ Eine genaue Abgrenzung der Berufsbereiche nach der Klassifikation der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT findet sich in KLUGE et.al (2011).
- ⁶ Eine Untersuchung auf kleinerer regionaler Ebene ist aufgrund fehlender Datenverfügbarkeit nicht möglich.
- ⁷ Ab dem Jahr 2009 beziehen sich die Daten auf die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025 [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2010)].
- ⁸ Der starke Rückgang in diesen Jahren spiegelt den Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung (15 Jahre früher) wider.
- ⁹ vgl. auch FABIAN (2009).

Trends in den Pendlerströmen der Stadt Dresden

Beate Schirwitz*

Einleitung

Das Arbeitsangebot einer Region wird nicht allein durch die dort ansässige Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter determiniert. Zum einen beziehen gerade in Großstädten die ansässigen Unternehmen in der Regel einen bedeutenden Teil ihrer Arbeitskräfte aus dem Umland. Zum anderen können umgekehrt die eigenen Bewohner außerhalb der Stadt beschäftigt sein. Die Analyse eines regionalen Arbeitsmarktes muss daher auch solche Pendlerverflechtungen einbeziehen. Dies war Teil einer jüngst abgeschlossenen Studie zur Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden, die die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS im Auftrag der LANDESHAUPTSTADT DRESDEN erstellt hat. Der vorliegende Artikel fasst die dort ermittelten aktuellen Trends in den Pendlerströmen von und nach Dresden zusammen.

Einpendler sind Personen, die zwecks einer Erwerbstätigkeit nach Dresden kommen, ihren Wohnsitz jedoch in einer anderen Region haben – beispielsweise in einem umliegenden Landkreis, in einem anderen Bundesland oder im Ausland. Auspendler wiederum sind Personen, die in Dresden wohnen, während sich ihr Arbeitsort in einer anderen Region befindet. Die Differenz zwischen Ein- und Auspendlern wird als Pendlersaldo bezeichnet. Ein Pendlerüberschuss bedeutet, dass die Zahl der Einpendler die der Auspendler übersteigt, während das Verhältnis bei einem Pendlerdefizit umgekehrt ist. Die folgenden Analysen beziehen sich ausschließlich auf sozialversicherungspflichtig (SV) beschäftigte Pendler, da nur für diese Gruppe detaillierte Daten vorliegen (Herkunftsbzw. Zielregion, Altersgruppe, Wirtschaftsbereich und Qualifikation). Allerdings können auch Selbstständige, Beamte, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte pendeln.

Bedeutung der Pendler für den Dresdner Arbeitsmarkt

Fast 88 % der Einpendler in Dresden stammten 2010 aus anderen Kreisen in Sachsen, der Großteil davon wiederum aus dem Direktionsbezirk Dresden. Weitere 9,5 % der Pendler kamen aus anderen ostdeutschen Bundesländern (einschl. Berlin) und 2,8 % aus Westdeutschland. Auspendler aus Dresden arbeiteten in großer Mehrheit (72,5 %) in anderen Teilen Sachsens. In anderen ostdeutschen Bundesländern arbeiteten etwa 11 % der Aus-

pendler. Der Anteil derer, die nach Westdeutschland pendelten, betrug 2010 etwa 16,5 % [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2011a)].

Abbildung 1 illustriert die Entwicklung des Dresdner Pendlersaldos SV-Beschäftigter in den letzten Jahren. Es zeigt sich, dass die Zahl des Pendlerüberschusses – abgesehen von einer Delle im Jahr 2004 – bis 2007 stetig gestiegen ist. Anschließend hat sie sich aber wieder bis auf den Stand zu Beginn des Jahrzehnts verringert. Diese jüngere Entwicklung hat zwei Ursachen: Zum einen ist die Zahl der Einpendler im Einklang mit der Entwicklung der SV-Beschäftigung in Dresden 2008 deutlich schwächer gewachsen als zuvor und 2009 sogar spürbar zurückgegangen. Zum anderen ist seit 2006 ein zunehmender Trend steigender Auspendlerzahlen zu verzeichnen. Insgesamt hat sich seit 1999 sowohl der Anteil der Auspendler an der SV-beschäftigten Wohnbevölkerung von 20 % auf 24 %, als auch der der Einpendler unter allen SV-Beschäftigten in Dresden von 34 % auf 38 % erhöht.

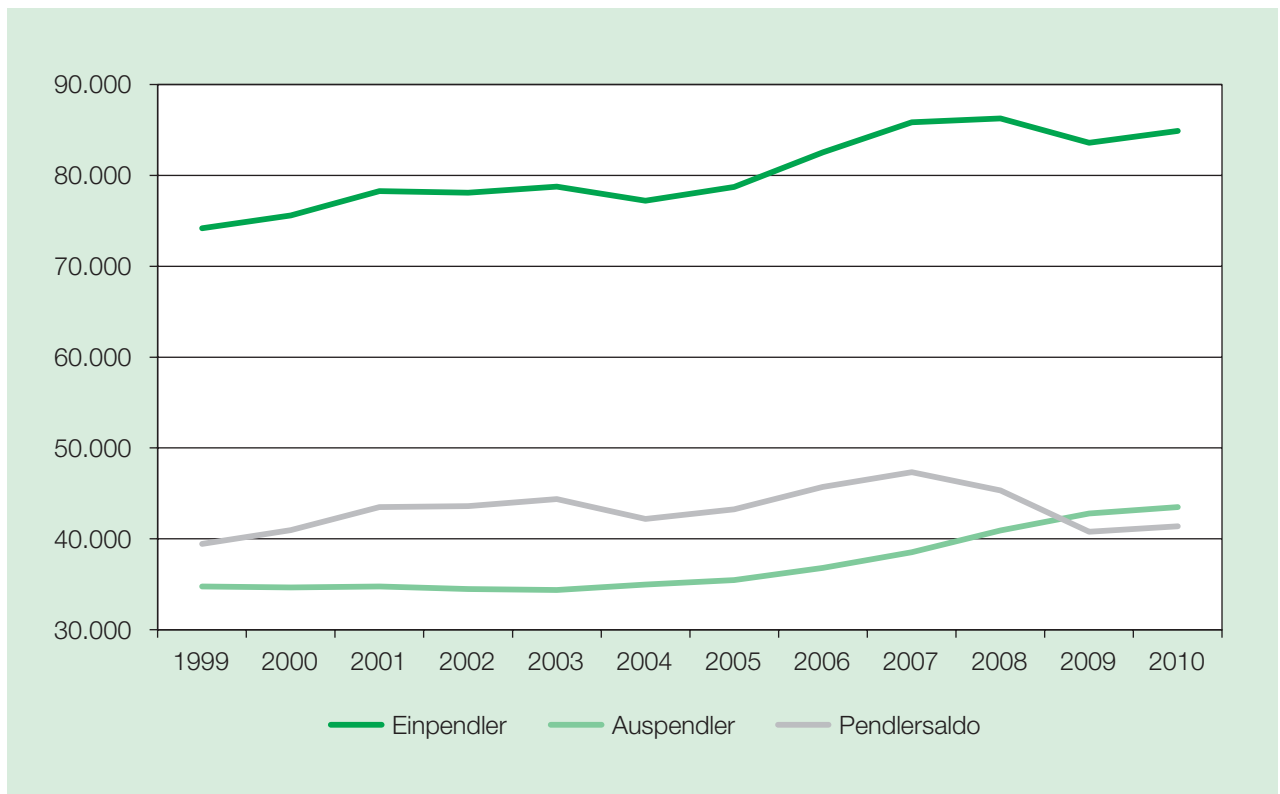
Abbildung 2 verdeutlicht die Bedeutung der Pendlerströme für den Dresdner Arbeitsmarkt. Hierzu wurde von 1999 bis 2010 die Differenz aus den Pendlersalden in den einzelnen Qualifikationsniveaus und der jeweiligen Zahl gemeldeter Arbeitsloser in Dresden ermittelt. Die Ergebnisse entsprechen der Beschäftigtenlücke, die entstehen würde, wenn die Pendlerströme hypothetisch auf null gesetzt würden, sodass es weder Ein- noch Auspendler gäbe. Selbst bei vollständigem Rückgriff auf alle in Dresden wohnenden SV-Beschäftigten und Arbeitslosen hätten den Unternehmen der Stadt im Jahr 2010 mehr als 12.000 Arbeitnehmer gefehlt. Die Stadt Dresden ist derzeit demnach zur Deckung ihrer Arbeitsnachfrage stark auf Einpendler angewiesen. Besonders groß ist die Differenz bei den Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation. Lediglich im Segment ohne Berufsausbildung bestünde ein rechnerischer Angebotsüberschuss von gut 1.000 Personen.

Qualifikationsstruktur der Pendler¹

Die Qualifikationsverteilung unter den SV-Beschäftigten Einpendlern ist seit Jahren verhältnismäßig stabil. Den größten Anteil in Höhe von 66 % stellen Personen mit

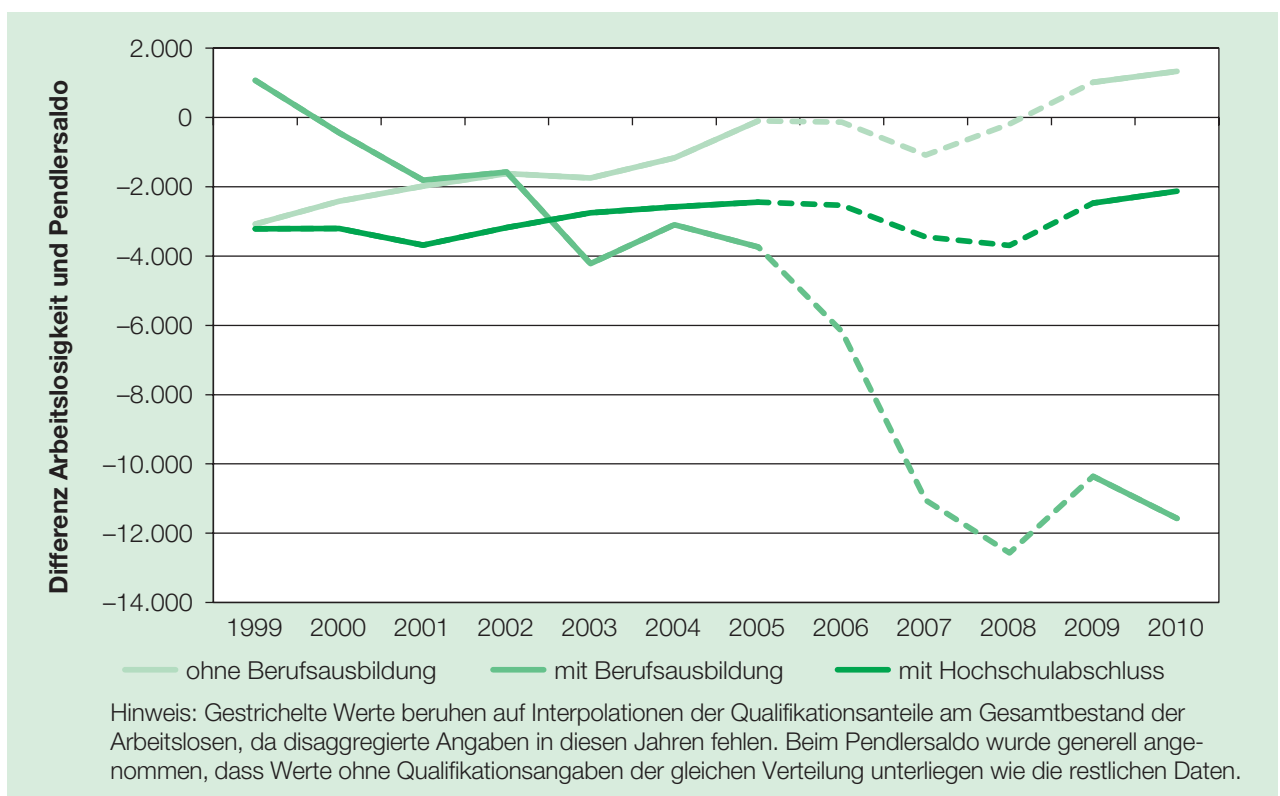
* Beate Schirwitz ist Doktorandin an der Dresdner Niederlassung des Ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Einpendler, Auspendler und Pendlersaldo SV-Beschäftigter in Dresden



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2011b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Gegenüberstellung des Pendlersaldos der SV-Beschäftigten und der Zahl der Arbeitslosen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (verschiedene Jahrgänge), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

mittlerer Qualifikation, etwa 20 % haben einen Hochschulabschluss und ca. 14 % sind niedrig qualifiziert (vgl. Abb. 3). Ein Vergleich mit der Qualifikationsstruktur der SV-Beschäftigten am Arbeitsort Dresden zeigt, dass es unter den Einpendlern verhältnismäßig mehr Niedrigqualifizierte und weniger Hochqualifizierte gibt.

Bei den SV-beschäftigten Auspendlern hat sich in den letzten Jahren der Anteil der Hochqualifizierten auf mittlerweile 27 % erhöht, während die relative Bedeutung der mittel und niedrig qualifizierten Personen leicht auf 64 % bzw. 8 % zurückgegangen ist. Verglichen mit den Qualifikationsanteilen der in Dresden wohnenden SV-Beschäftigten gibt es etwas mehr Hochqualifizierte und etwas weniger Niedrigqualifizierte unter den Auspendlern. Die Auspendlerquote der Hochqualifizierten, d. h. der Anteil der Auspendler an allen in Dresden wohnenden SV-Beschäftigten mit Hochschulabschluss, weist zudem einen überdurchschnittlich steigenden Trend auf.

Reurbanisierung und Pendlerverhalten

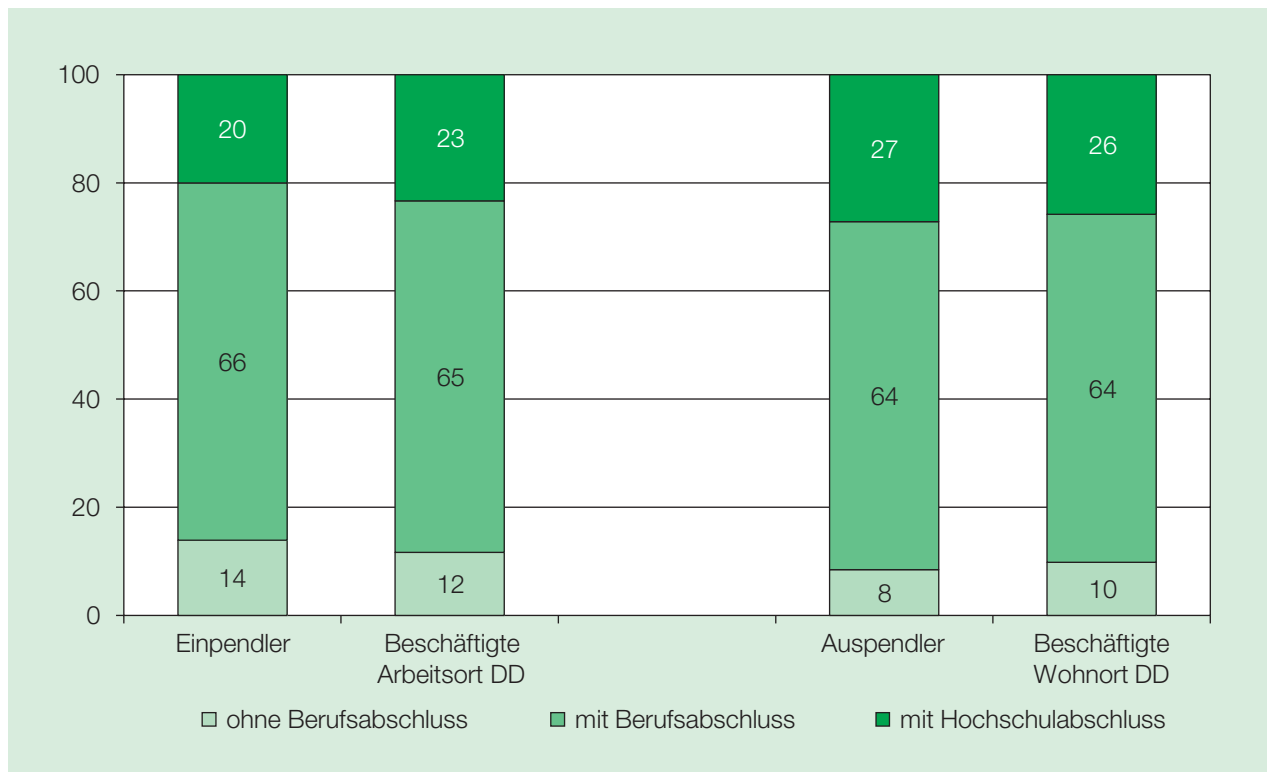
KIRSCHKE, HIMMELSBACH und ESPE (2009) finden anhand von Analysen zur Binnenwanderung, dass nach der Wiedervereinigung in Sachsen die Siedlungsstruktur durch

Suburbanisierung geprägt war. Seit 2001 gibt es jedoch Hinweise für eine Trendumkehr. Insbesondere die 18- bis unter 30-Jährigen ziehen verstärkt in die großen Städte.

Diese Entwicklung schlägt sich auch in den Beschäftigten- und Pendlerstatistiken des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN (2011) nieder. Die Zahl der unter 30-jährigen SV-Beschäftigten, die in Dresden wohnen, hat sich zwischen 2001 bis 2010 von knapp 40.000 auf gut 44.000 erhöht, während sie im sonstigen Direktionsbezirk deutlich zurückgegangen ist. Weitere Auswertungen zeigen zudem, dass die Zahl der Dresdner Einpendler, die jünger als 30 Jahre sind, in den letzten Jahren tendenziell rückläufig ist. Im Jahr 2010 entsprach die Zahl der jungen Einpendler nur noch knapp 85 % des Werts von 2001. Auch der Anteil der Einpendler an allen SV-Beschäftigten in Dresden ist in dieser Altersgruppe zurückgegangen (2003: 41 %, 2010: 36 %). Diese Zahlen legen nahe, dass Dresden tatsächlich einen Teil der aus dem Umland abwandernden jungen Personen als Wohnort anziehen konnte, darunter auch bisherige Einpendler. Bei den älteren SV-Beschäftigten in Dresden nimmt hingegen die Bedeutung der Einpendler weiter zu.

Betrachtet man die Zahl der Auspendler, so nimmt diese in allen Altersgruppen, also auch bei den unter 30-jährigen SV-Beschäftigten, zu. Offenbar steigt die Belieb-

Abbildung 3: Qualifikationsanteile der Dresdner SV-Beschäftigten, Ein- und Auspendler (2007, in %)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (verschiedene Jahrgänge), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2011b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

heit von Dresden als Wohnort auch für Personen, die eine auswärtige Arbeitsstelle innehaben. Diese Entwicklung ist allerdings nicht in besonderem Maße durch die jungen Beschäftigten getrieben, sondern ist bei den älteren sogar noch etwas stärker ausgeprägt.

Fazit

Dresden ist zur Deckung seiner Arbeitsnachfrage stark auf Einpendler angewiesen. Vergleicht man die Qualifikationsstruktur der Einpendler mit der aller in Dresden SV-beschäftigten Personen, dann zeigt sich, dass Einpendler tendenziell niedriger qualifiziert sind. Unter den SV-Beschäftigten, die in Dresden wohnen, haben wiederum die Hochqualifizierten überdurchschnittlich häufig und mit steigender Tendenz einen Arbeitsort außerhalb der Stadt. Für sie ist offenbar Dresden als Wohnort besonders attraktiv. Es lassen sich auch Anzeichen dafür finden, dass gerade junge Personen verstärkt in die Stadt ziehen (Reurbanisierung) statt hinein zu pendeln, sodass die Zahl der unter 30-jährigen Einpendler tendenziell rückläufig ist. Allerdings nimmt die Zahl der aus dem Umland stammenden jungen Beschäftigten nicht nur aus Wanderungs- sondern zunehmend auch aus demographischen Gründen ab. Zur langfristigen Deckung seiner Arbeitsnachfrage muss Dresden demnach in verstärktem Maße auch Personen aus weiter entfernten Regionen anziehen.

Literatur

- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (verschiedene Jahrgänge): Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Kreisen und kreisfreien Städten, Nürnberg, Stichtage 30. Juni 1999–2010.
- KIRSCHKE, A.; HIMMELSBACH, U. und I. ESPE (2009): Analysen zur Binnenwanderung in Sachsen. In: Statistik in Sachsen (3), S. 81–86.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2011a): Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Freistaat Sachsen. 30. Juni 2010. A VI 12 – hj 1/05–1/10, Tab. 10–12. Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2011b): Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dresden, Stadt nach Altersgruppen, Ausbildungsabschlüssen und ausgewählter Wirtschaftsgliederung. Sonderauswertung. Kamenz.

¹ Die Ergebnisse dieses Abschnitts beruhen auf Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (verschiedene Jahrgänge), des STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2011b) und eigenen Berechnungen.

Soziale Kontakte und wirtschaftliches Wachstum

Konrad Burchardi und Tarek Hassan*

Dass Menschen von sozialen Kontakten auch bei wirtschaftlichen Aktivitäten profitieren, weiß so mancher aus eigener Erfahrung. Beispiele dafür gibt es viele: eine Bekannte berichtet von einem neuen Job, reicht manchmal auch den Lebenslauf weiter, ein Unternehmer trifft sich mit einem Freund und hört von einem möglichen Geschäft, und so mancher bekommt von einem Verwandten einen Kredit, welchen er von einer Bank vielleicht nicht erhalten würde. Aber können soziale Kontakte das Wachstum ganzer Regionen beflügeln? Robuste Evidenz gibt es dazu bisher nicht.

Ökonomen wie JAMES RAUCH vermuten schon lange, dass dies der Fall ist. In einer beachteten Studie zeigte er mit seinem Kollegen VITOR TRINDADE, dass jene Regionen in Südostasien und außerhalb Chinas, in welchen sich Chinesen niedergelassen haben, auch besonders intensiv mit China handeln. Doch handeln diese Regionen intensiv mit China, weil sich viele Chinesen dort niedergelassen haben? Oder haben diese sich dort niedergelassen, weil sie im Handel mit ihnen aktiv waren? Dieses Beispiel zeigt, warum es zu der gestellten Frage wenig Evidenz gibt: Das gemeinsame Auftreten von Freundschaften oder Verwandtschaftsbeziehungen und ökonomischen Aktivitäten lässt alleine nicht auf einen kausalen Effekt der sozialen Kontakte schließen. Dies gilt nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch auf individueller: Freunde, welche zusammen arbeiten, können zusammen arbeiten, weil sie Freunde sind, oder Freunde sein, weil sie zusammen arbeiten.

In unserer Studie (verfügbar als NBER Working Paper 17186) argumentieren wir, dass die deutsche Geschichte die seltene Chance bietet, den Effekt von sozialen Kontakten – verwandtschaftlichen und freundschaftlichen – auf regionales Wachstum zu identifizieren. Zu diesem Zweck nutzen wir zwei Gegebenheiten der deutschen Geschichte: Erstens, bestanden bekanntermaßen vor 1989 soziale Kontakte zwischen West- und Ostdeutschen. Zumeist handelte es sich dabei um verwandtschaftliche Beziehungen, welche gepflegt wurden. Allerdings versprachen diese Beziehungen bis zum Herbst 1989 – und dies ist für den Zweck unserer Studie wichtig – zumindest für die westdeutschen Partner keinen wirtschaftlichen Nutzen. Mit dem Fall der Mauer konnten Westdeutsche auf einmal aus ihren Beziehungen in die neuen Bundesländer auch einen wirtschaftlichen Vorteil ziehen. Potenzielle Gründe dafür können gewesen sein, dass sie einfacher an Informationen über Handels- oder Investitionsmöglichkeiten kamen, sie ihren ostdeutschen

Verwandten mit ihrer marktwirtschaftlichen Erfahrung zur Seite stehen konnten oder aber Zugang zu Krediten hatten, welche ihre ostdeutschen Verwandten so einfach nicht bekamen. Die Tatsache, dass diese sozialen Kontakte vor 1989 keinen wirtschaftlichen Wert hatten und dann potenziell nützlich wurden, erlaubt uns den wirtschaftlichen Wert dieser Beziehungen zu schätzen.

Zweitens bestanden innerhalb Westdeutschlands große regionale Unterschiede in dem Anteil der Bevölkerung mit verwandtschaftlichen Beziehungen zu Ostdeutschen. Diese Variation ist notwendig, um herausfinden zu können, um wie viel das Einkommen einer Region mit engen Kontakten in die neuen Bundesländer mehr wächst als das Einkommen einer Region mit weniger engen Kontakten. Unsere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass westdeutsche Regionen, in welchen ein größerer Anteil der Bevölkerung Verwandte in Ostdeutschland hatte, nach der Wende in der Tat deutlich stärker gewachsen sind.

Um diese Ergebnisse als einen kausalen Effekt der sozialen Kontakte auf die wirtschaftliche Entwicklung interpretieren zu können, ist es selbstverständlich notwendig, dass Regionen mit engen und weniger engen Kontakten ansonsten vergleichbar sind. Zu diesem Zweck zeigen wir, dass sich ein Großteil der Unterschiede in der Intensität von Verwandtschaftsbeziehungen nach Ostdeutschland durch das Siedlungsverhalten der deutschen Ostvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg begründet. Von den rund 10 bis 11 Mill. Ostvertriebenen wurden mehr als 3,5 Mill. zuerst im sowjetischen Sektor angesiedelt. Ein großer Anteil dieser Ostvertriebenen ist nach wenigen Jahren in die Bundesrepublik weitergezogen. Diese Menschen hatten häufiger als durchschnittliche Westdeutsche Verwandte oder Freunde in Ostdeutschland. Als diese Vertriebenen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren nach Westdeutschland kamen, ließen sie sich zumeist in jenen Gegenden nieder, welche vom Zweiten Weltkrieg – und insbesondere den Bombardements der Alliierten – relativ verschont geblieben sind. Dies führte zu einer Bündelung des Siedlungsverhaltens und den großen Unterschieden in der Intensität von Verwandtschaftsbeziehungen mit Ostdeutschland. In unserer Studie belegen wir diesen Zusammenhang: In jenen Regionen, welche vom Zweiten Weltkrieg relativ verschont blieben, ließ sich ein überproportional großer Anteil der

* Konrad Burchardi ist Ökonom an der Universität Stockholm und Tarek Hassan ist als Wirtschaftswissenschaftler an der Chicago Booth School of Business tätig.

über Ostdeutschland kommenden Vertriebenen nieder und in diesen Regionen hatte auch 1989 noch ein größerer Anteil der Bevölkerung Verwandte in den neuen Bundesländern. Während diese Regionen vor der Wende in allen von uns messbaren Dimensionen nicht statistisch signifikant unterschiedlich waren, wachsen Regionen mit engen sozialen Kontakten zu Ostdeutschen nach der Wende deutlich stärker: Eine Region, in welcher der Anteil der Heimatvertriebenen, welche sich auf dem Weg nach Westdeutschland zwischenzeitlich im sowjetischen Sektor niedergelassen hatten, um 2 Prozentpunkte höher ist, erfährt von 1989 bis 1995 ein 4,3 Prozentpunkte höheres Einkommenswachstum, also ein zusätzliches jährliches Wachstum von ca. 0,7 Prozentpunkten.

Auch finden wir, dass in Regionen, welche zur Zeit der Wende über enge Ostkontakte verfügten, insbesondere das Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit stärker anstieg als in anderen westdeutschen Regionen und dass Firmen aus diesen Regionen auch heute im Schnitt mehr Niederlassungen in den neuen Bundesländern betreiben.

Die von uns geschätzten Wachstumseffekte sind für uns überraschend stark. Notwendigerweise ergibt sich die Frage, ob sich diese starken Effekte durch ein extrem hohes Wachstum des persönlichen Einkommens von Menschen mit Kontakten in den Osten erklären lassen oder ob eventuell auch Menschen und Haushalte profitiert haben, welche zwar selber keine ostdeutschen Verwandten hatten, aber in einer Region lebten, in welcher viele Menschen solche Kontakte hatten. Tatsächlich scheinen Haushalte mit Ostkontakten ein vergleichsweise starkes Einkommenswachstum zu erfahren. Allerdings ist die Summe dieser Einkommenseffekte von Haushalten mit eigenen Kontakten nur in der Lage, ein Sechstel des regionalen Effektes zu erklären. Insofern scheinen auch Haushalte ohne eigene Kontakte davon profitiert zu haben, in einer Region mit starken Bindungen nach Ostdeutschland zu leben. Wie genau es zu diesen Spillover-Effekten der sozialen Kontakte kommt, ist bisher nicht erforscht. Diese und andere Fragen zu den genauen Mechanismen werden wir in einem Folgeprojekt zu beantworten versuchen.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2011¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** ist in Sachsen im zweiten Vierteljahr 2011 um 3,3% gestiegen, nach 4,3% (revidiert) im ersten Vierteljahr (vgl. Tab. 1). Zusammengenommen hat die Produktion in der ersten Jahreshälfte um 3,8% expandiert. Sehr kräftig hat die Produktion im **Produzierenden Gewerbe ohne Bau** zugelegt. Deutlich schwächer schnitten dagegen die **Dienstleistungsbereiche** und das **Baugewerbe** ab. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP ist weiterhin aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. tätig.

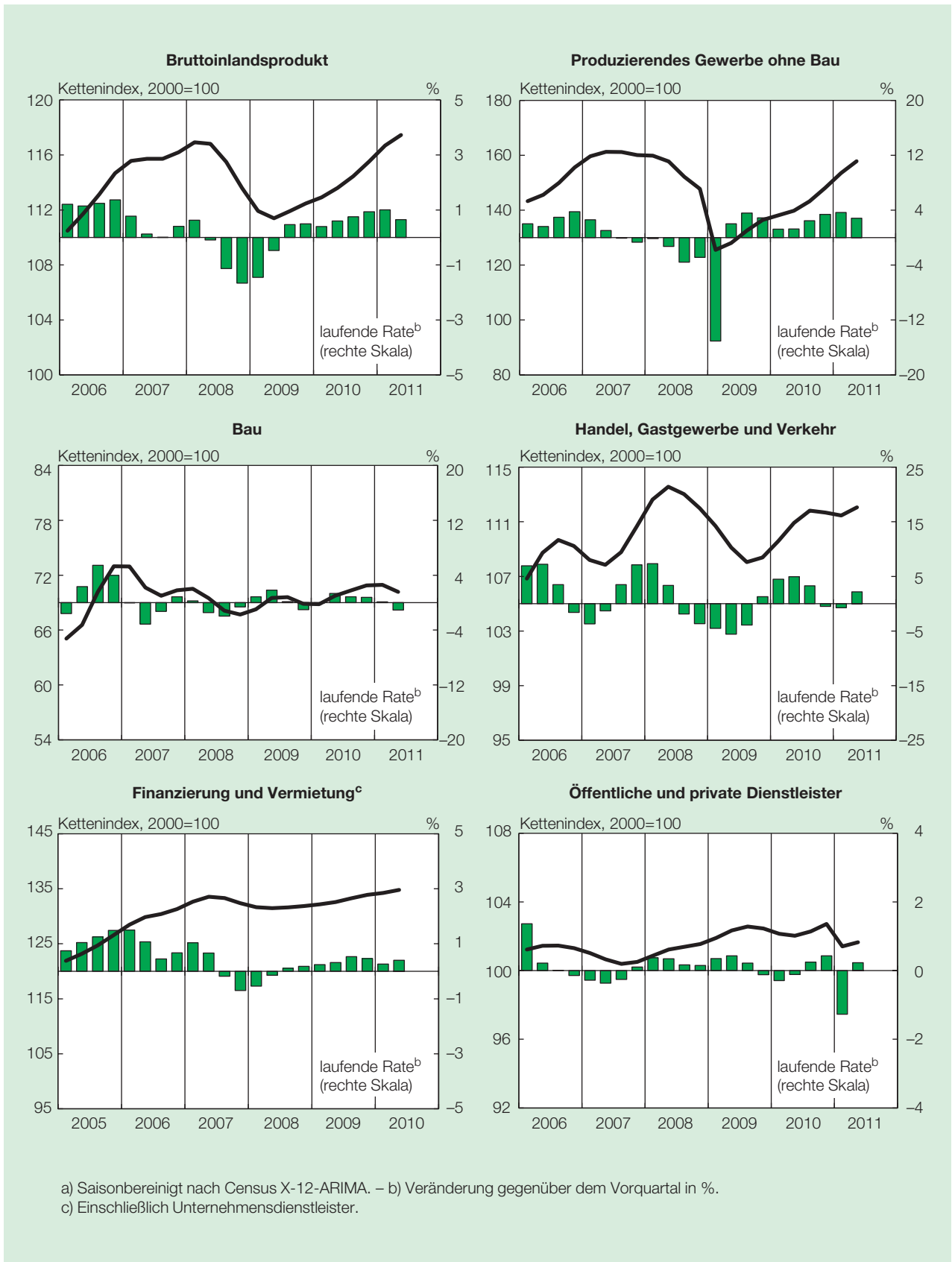
¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 28. September 2011 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Aufgrund der derzeitigen Revisionsarbeiten in den regionalen VGR (Umstellung auf die WZ 2008) sind die aktuellen Vierteljahresergebnisse, die noch nach der Vorgängerversion WZ 2003 ausgewiesen werden, mit erhöhter Schätzunsicherheit behaftet. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q2/2011 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen, preisbereinigte Vierteljahresergebnisse

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzgl. Subventionen	Bruttowertschöpfung insg.	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produz. Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentl. und private Dienstleister
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2009	-5,2	0,2	-5,8	4,7	-20,5	-5,6	-2,7	-1,3	1,0
2 2009	-4,8	2,2	-5,6	9,5	-20,6	0,6	-3,8	-1,5	1,2
3 2009	-2,8	1,8	-3,3	8,2	-12,4	2,2	-4,7	-1,1	1,2
4 2009	-1,0	2,5	-1,4	9,2	-6,5	1,7	-1,6	-0,6	1,0
1 2010	0,7	-1,4	0,9	-4,8	7,1	-11,4	-1,3	0,8	0,3
2 2010	2,1	-0,6	2,5	-2,2	10,7	0,6	1,6	0,6	-0,5
3 2010	2,2	-0,3	2,5	-0,7	7,1	0,9	4,0	1,4	-0,2
4 2010	2,5	-1,5	3,0	1,5	8,3	2,5	2,8	1,8	0,2
1 2011	4,3	6,7	4,0	1,3	13,1	21,7	0,8	0,9	-0,7
2 2011	3,3	3,2	3,4	3,9	12,0	0,0	1,2	1,9	-0,3

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a

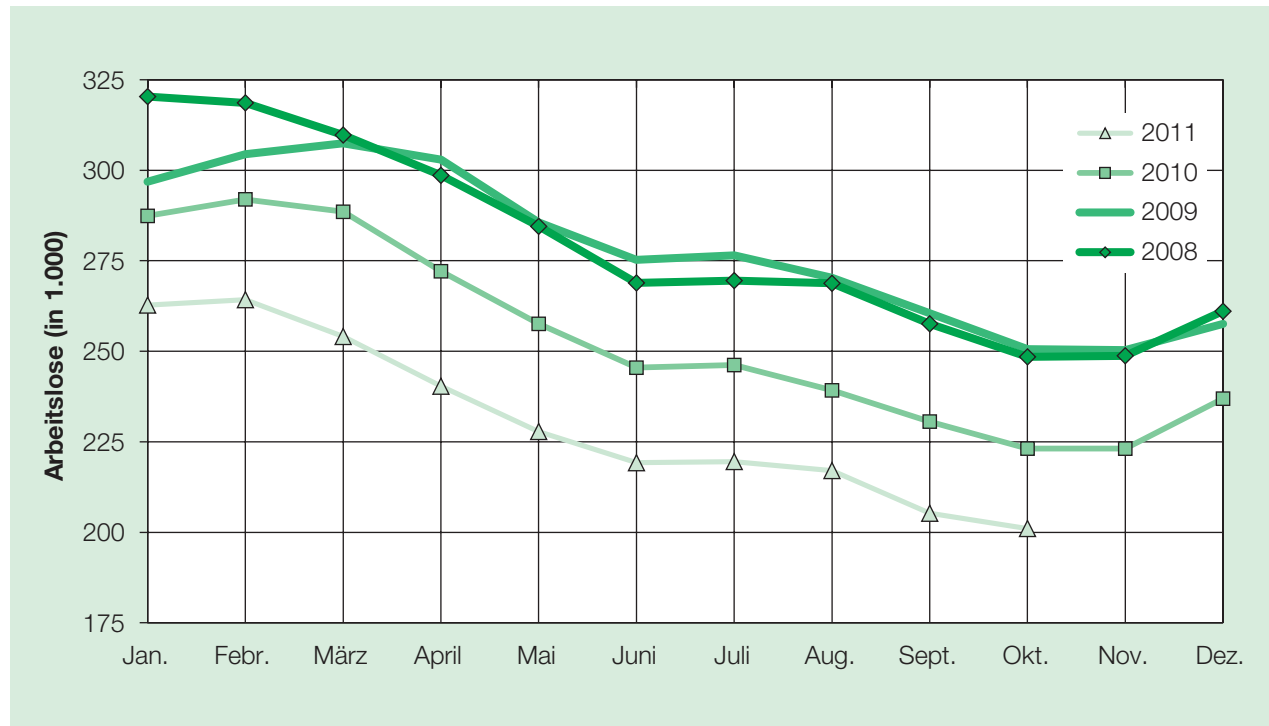


Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

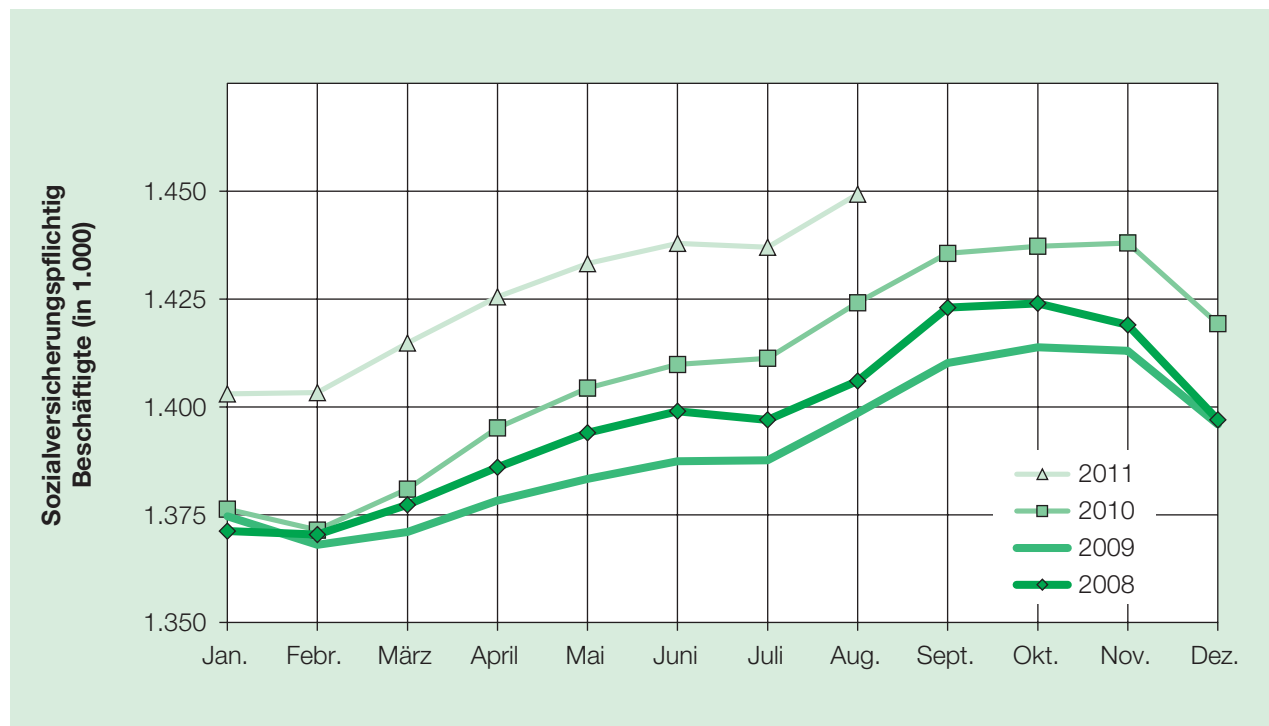
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte ^a			Offene Stellen ^b			Beschäftigungs- begleitende Leistungen ^c		
	Aug. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Okt. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Okt. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	770	763	758	10,2	10,1	8,3	13,3	13,8	17,2
Mecklenburg-Vorp.	532	529	527	8,1	8,2	6,7	8,5	8,9	10,9
Sachsen	1.449	1.437	1.424	20,3	20,6	16,5	25,4	25,8	32,0
Sachsen-Anhalt	766	758	759	11,1	11,1	9,1	14,9	15,1	18,9
Thüringen	760	752	748	14,9	15,0	12,1	12,3	12,5	16,0
D Ost (mit Berlin)	5.440	5.393	5.346	80,9	80,9	63,5	91,3	92,7	114,7
D West (ohne Berlin)	23.207	22.960	22.630	418,6	420,3	337,1	195,5	197,2	243,2
D gesamt	28.647	28.353	27.976	499,5	501,2	400,6	286,8	289,9	357,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Okt. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Okt. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Okt. 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	131	133	131	9,8	9,9	9,8	34,8	34,5	34,0
Mecklenburg-Vorp.	94	95	95	11,0	11,1	11,0	31,2	30,9	26,4
Sachsen	201	205	223	9,4	9,6	10,4	37,4	37,1	37,3
Sachsen-Anhalt	127	129	134	10,6	10,8	11,1	34,8	34,6	37,2
Thüringen	92	95	99	7,8	8,1	8,3	33,2	32,4	33,3
D Ost (mit Berlin)	860	877	901	10,2	10,4	10,7	34,3	33,9	34,1
D West (ohne Berlin)	1.876	1.918	2.040	5,6	5,7	6,1	34,8	34,2	33,2
D gesamt	2.737	2.796	2.941	6,5	6,6	7,0	34,6	34,1	33,5

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Verbesserung des ifo Geschäftsklimas im November 2011 nach viermaliger Eintrübung

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im November erstmals seit vier Monaten wieder gestiegen. Auch in Ostdeutschland und Sachsen hat sich das Geschäftsklima jüngst aufgehellt (vgl. Abb. 1). Die sächsischen Befragungsteilnehmer erwarten einen weniger ungünstigen Verlauf ihrer zukünftigen Geschäfte als im Oktober. Den Angaben der sächsischen Firmen zufolge ist die derzeitige Geschäftssituation insgesamt weiterhin sehr gut, wenngleich sie diese nicht mehr so positiv einschätzen wie im vergangenen Monat.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

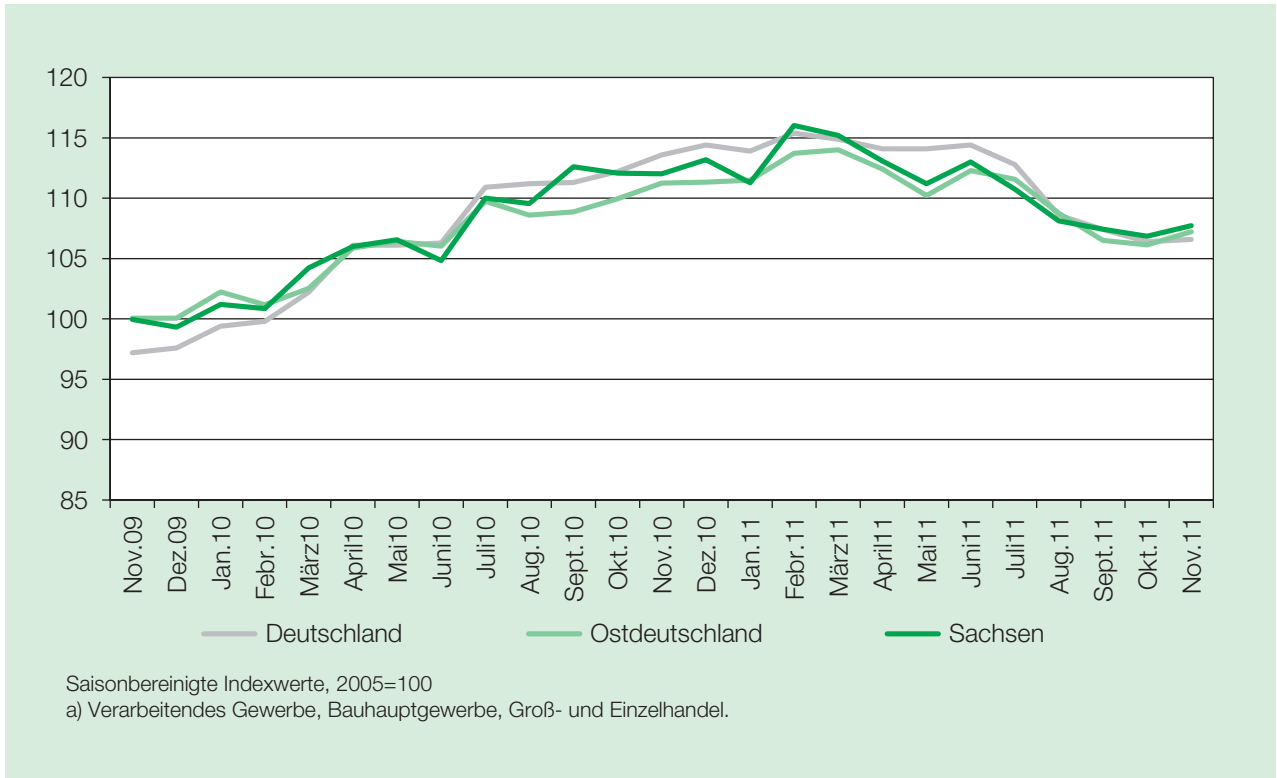
Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens ist im November kräftig gestiegen (vgl. Abb. 2). Maßgeblich hierfür sind die Personalpläne der Großhändler, welche ihre Mitarbeiterzahl in den kommenden drei Monaten insgesamt kräftiger erhöhen wollen. Während sich die Beschäftigungserwartungen der Einzelhändler und Baufirmen ebenfalls aufhellten, wollen die hiesigen Industriefirmen ihren Personalaufbau etwas behutsamer fortsetzen.

Schwerpunkt: Entwicklung im Bauhauptgewerbe Sachsens

Im Bauhauptgewerbe Sachsens hat sich das Geschäftsklima im November deutlich verbessert (vgl. Abb. 3). Die sächsischen Baufirmen schätzen per saldo sowohl ihre derzeitige Geschäftslage als auch ihre Erwartungen an den Geschäftsverlauf in den kommenden sechs Monaten günstiger ein als im vergangenen Befragungsmonat. Bei der um saisonale Effekte bereinigten durchschnittlichen Geräteauslastung ist mit 74,3% ein geringfügiger Rückgang im Vormonatsvergleich (Oktober 2011: 74,7%) beobachtbar. Die durchschnittliche Auftragsreichweite ist mit 2,5 Monaten genauso hoch wie im Oktober. Den Angaben der amtlichen Statistik zufolge lag der baugewerbliche Umsatz der Monatsmelder im Bauhauptgewerbe in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 um 12,6% über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Auch die Auftragseingänge bleiben weiterhin aufwärtsgerichtet. Die befragten sächsischen Baufirmen wollen in den kommenden Monaten zudem ihren Personalbestand erhöhen.

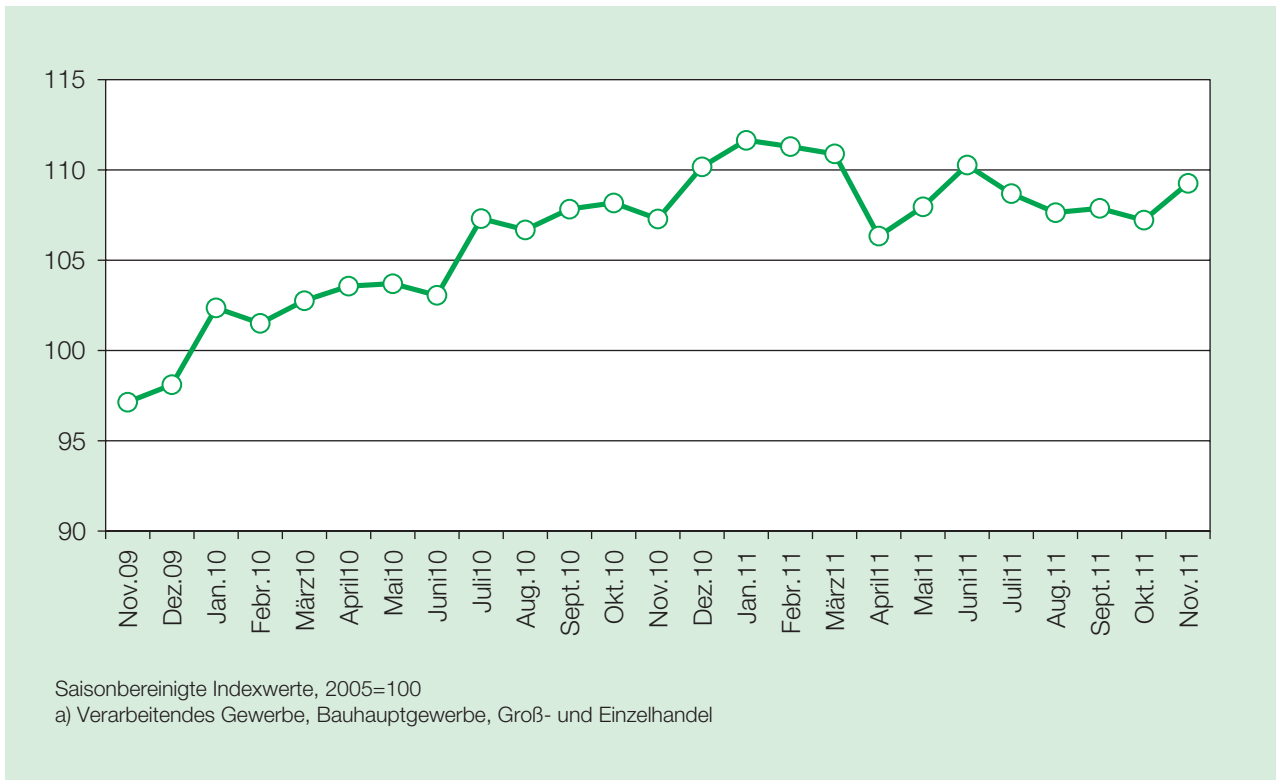
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



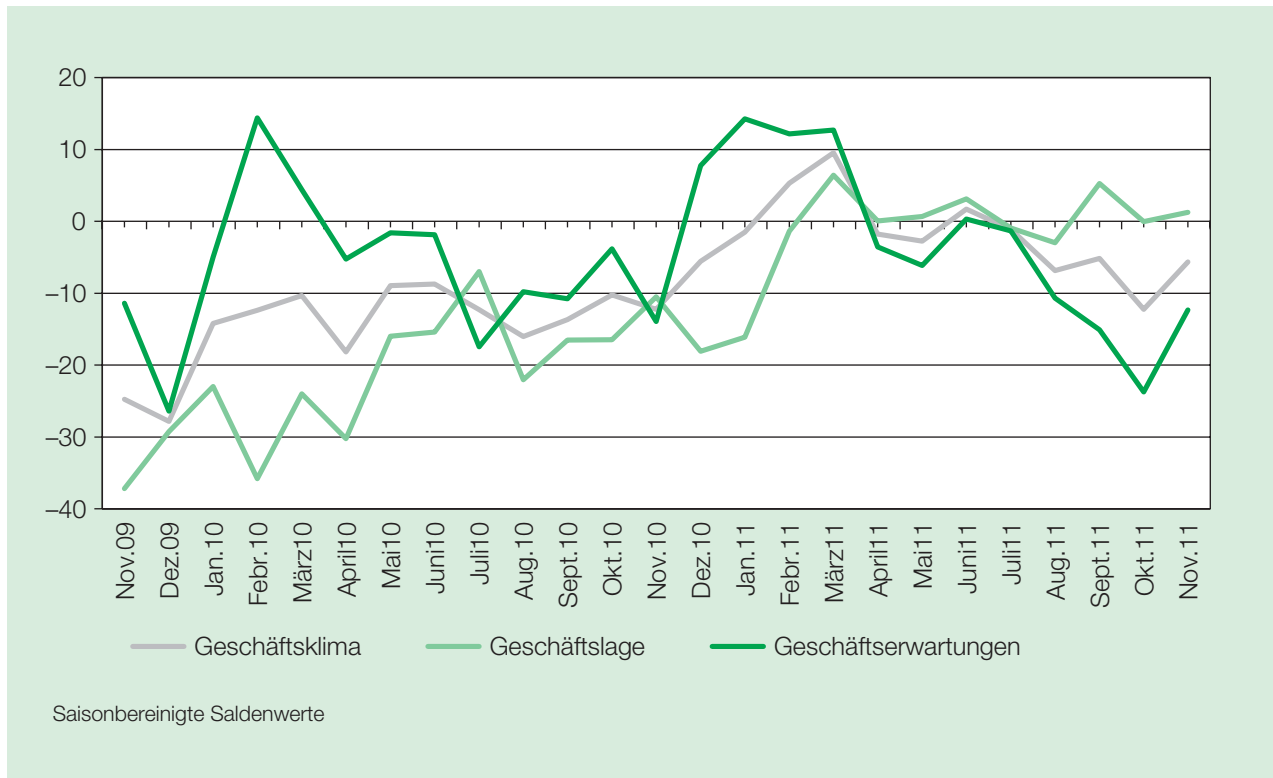
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



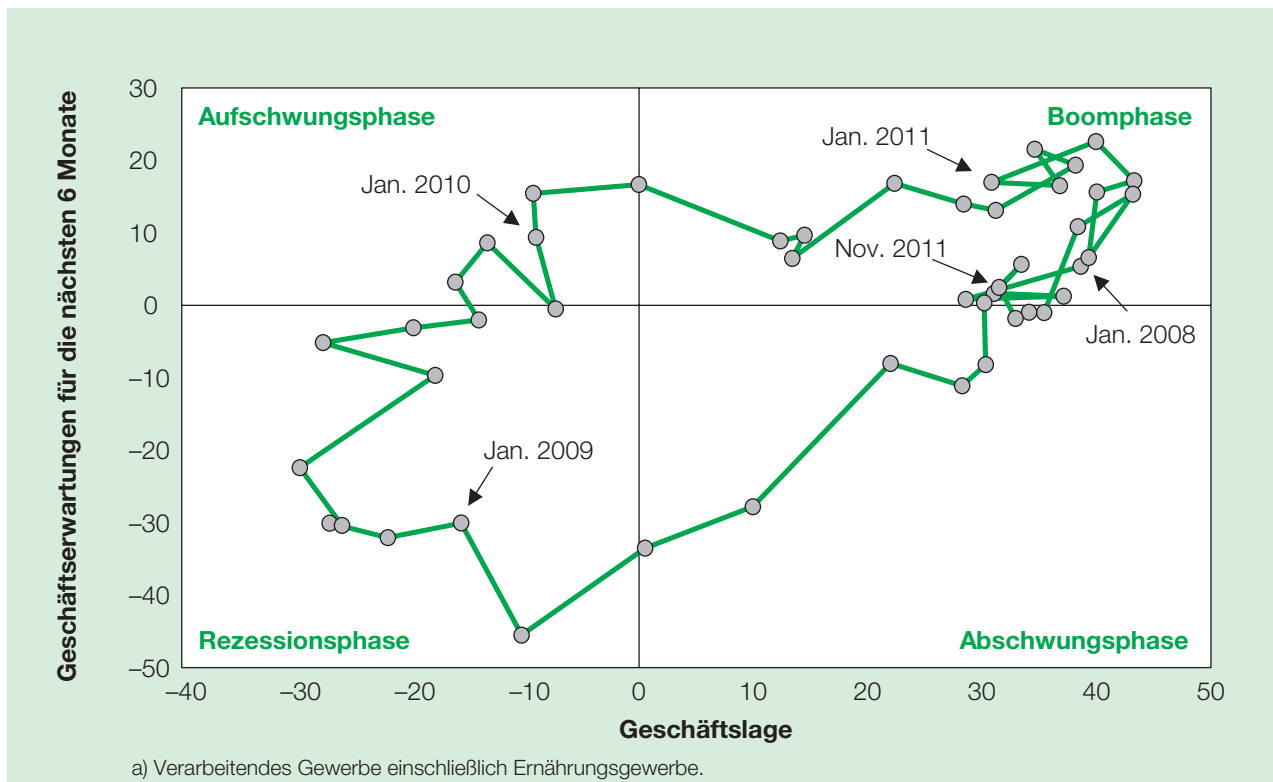
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe Sachsens und seine Komponenten die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



a) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	3. Quartal 2011	2. Quartal 2011	3. Quartal 2011	2. Quartal 2011	3. Quartal 2011	2. Quartal 2011
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,2	3,0	3,2	3,3	3,7	3,6
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	86,1	86,0	83,2	84,0	85,6	86,5
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	6,9	18,7	5,7	9,7	2,5	8,6
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	7,6	12,0	3,5	8,6	8,6	10,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	10,6	20,5	7,2	16,3	3,4	14,7
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,7	2,8	2,6	2,6	2,7	2,8
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	73,4	73,4	76,2	76,9	76,3	77,4
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-2,2	-2,7	-6,7	-9,2	-10,0	-5,0
Baupreise – Erwartungen ^b	-6,5	2,1	-9,5	-1,0	-7,3	3,2
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	22,0	36,3	11,0	33,7	5,0	28,3
Bestellpläne ^b	8,4	18,3	-2,7	10,4	-2,0	11,4
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	24,6	35,6	32,7	47,6	22,2	53,2
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	2,0	18,3	-11,0	-5,7	-3,0	-7,3
Bestellpläne ^b	-3,3	2,4	-6,9	-7,9	-3,3	-9,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	20,8	32,4	19,7	30,2	14,4	20,3
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **17. und 18. November 2011** fand in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden der **6. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** statt. Der zweitägige Workshop wurde gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Die Teilnehmer umfassten Professoren und Mitarbeiter verschiedener Universitäten und Forschungsinstitute in Deutschland und der Schweiz sowie der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK und des BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE. Der Workshop bot den Teilnehmern ein Forum für den Austausch und die angeregte Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik und trug gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung bei. Zu den referierten Themen gehörten beispielsweise methodische Fragestellungen zur Datierung von Konjunkturzyklen und zur Prognose von makroökonomischen Indikatoren, aber auch angewandte Analysen zu den Effekten von Steueränderungen in Deutschland und dem Konvergenzprozess Ostdeutschlands.

Des Weiteren wurde am **02. und 03. Dezember 2011** der **5. Workshop „Political Economy“** abgehalten. Der Workshop wurde gemeinsam von CESIFO, der IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN und der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Als Keynote Speaker konnten Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Bruno S. Frey von der UNIVERSITÄT ZÜRICH und Prof. Jakob Svensson, PhD von der UNIVERSITÄT STOCKHOLM, gewonnen werden.

Am **09. und 10. März 2012** findet der 2. Workshop **„Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet (vgl. dazu Call for Paper auf Seite 38 in diesem Heft).

Weiterführende Informationen zu diesen Workshops finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Am Wissenschaftszentrum Berlin referierte Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, am **09. November 2011** auf der Tagung „Unraveling States? Mergers, Secessions and (De)centralisation“ zum Thema „Adaption, Mitigation and Risk-Taking in Climate Policy“.

Prof. Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden nahm an folgenden Veranstaltungen teil bzw. hielt folgende Vorträge:

- Podiumsdiskussion „Quo Vadis Sachsen-Anhalt“ beim OSTDEUTSCHEN BANKENVERBAND am 25. Oktober 2011 in Magdeburg,
- Vortrag „Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den Freistaat Sachsen“ (und anschließende Podiumsdiskussion) bei einer Veranstaltung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG und des DGB SACHSEN am 08. November 2011 in Leipzig,
- Vortrag „Wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland 1990–2010–2030“ am 15. November 2011 an der UNIVERSITÄT LEIPZIG,
- Podiumsdiskussion „Quo Vadis Sachsen“ beim OSTDEUTSCHEN BANKENVERBAND am 21. November 2011 in Chemnitz,
- Vortrag „20 Jahre Aufbaupolitik in Brandenburg: Bestandsaufnahme und Ausblick“ (und anschließende Podiumsdiskussion) anlässlich einer Tagung der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 23. November 2011 im Brandenburger Landtag, Potsdam,
- Vortrag „Demographische Entwicklung in Sachsen und ihre Auswirkungen auf den Verkehr“, Vortrag anlässlich einer Verkehrskonferenz des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR am 30. November 2011 in Dresden,
- Vortrag „Demographische Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern“, Vortrag anlässlich einer Tagung der VEREINIGTEN UNTERNEHMERVERBÄNDE MECKLENBURG-VORPOMMERN am 06. Dezember 2011 in Hasenwinkel (bei Schwerin),
- Vortrag „Nachhaltige Entwicklung: Besonderheiten der Neuen Bundesländer“, Vortrag anlässlich der Konferenz RIO+20 am 08. Dezember 2011 in Hannover.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 60: Evaluierung des aktuellen Standes und der Potenziale der Industriellen Biotechnologie im Freistaat Sachsen.

Annika Ballin, Katja Baum, Jens Freitag, Joachim Ragnitz, Björn Ziegenbalg, 240 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2011.

ISBN 978-3-88512-514-3, 20,-€, zzgl. Versandkosten.

Im Fokus dieses Projekts stand die Analyse der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Industriellen Biotechnologie am Standort Sachsen. Neben der Untersuchung verschiedener Standortfaktoren, wie der Bildungssituation, der Forschung sowie der Kooperations- und Netzwerkstruktur in Sachsen wurde auch ein Vergleich ausgewählter nationaler und internationaler Benchmarkregionen durchgeführt, um wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen für eine Erhöhung der Wahrnehmung und Attraktivität Sachsens als Standort der Industriellen Biotechnologie abzuleiten.

Eine Befragung bei den Unternehmen der industriellen Biotechnologie, deren Anwenderbranchen sowie den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im FREISTAAT SACHSEN wurde anhand spezifischer Fragebögen durchgeführt. Diese Informationen konnten für eine detaillierte Analyse der derzeitigen Lage und der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Industriellen Biotechnologiesektors im Land Sachsen genutzt werden. So konnte etwa festgestellt werden, dass die kritische Masse an Unternehmen, die in der Industriellen Biotechnologie tätig sind, noch nicht erreicht wurde und dies daher als mittel- und langfristiges Ziel festgehalten werden kann. Große Potenziale des Freistaates liegen vor allem in der verstärkten Integration von Pflanzen- und Industrieller Biotechnologie, auch über die Landesgrenzen hinaus, durch eine starke Integration der Wertschöpfungsketten. Thematische Schwerpunkte zukünftiger Förderinitiativen liegen vor allem in den Bereichen Umwelttechnologie, Textilbiotechnologie, Bioraffinerie mit Schwerpunkt orga-

nische Säuren aber auch in der Papier- und Lebensmitteltechnologie. Der Aufbau einer „Grünen Wirtschaft“ ist durch Synergieentwicklungen zwischen diesen Fachdisziplinen und den Wirtschaftsbranchen gut zu realisieren.

ifo Dresden Studie 61: Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen.

Stefan Arent, Wolfgang Nagl, Joachim Ragnitz, 120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2011.

ISBN 978-3-88512-512-9, 15,-€, zzgl. Versandkosten.

Die Studie stellt die Bruttolohn- und Tariflohnentwicklung von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft und Angestellten im öffentlichen Dienst seit der Wiedervereinigung gegenüber. Dabei werden auch Sonderleistungen (wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überstundenzuschläge usw.), flexible Lohnbestandteile (z. B. Leistungszuschläge, Gewinnbeteiligungen) und Arbeitszeitregelungen (u. a. Urlaubsansprüche) berücksichtigt. Weiterhin wird in einem Reallohnvergleich untersucht, wie regionale Preisniveaudifferenzen Einkommensunterschiede verändern. Um die Lohndifferenzen abschließend und umfassend bewerten zu können, bildet ein Vergleich der Arbeitsplatzsicherheit in der privaten Wirtschaft und bei öffentlichen Arbeitgebern den Schlusspunkt der Studie.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich sowohl die nominalen als auch die realen Lohnunterschiede in Ost- und Westdeutschland im privatwirtschaftlichen Bereich in den letzten Jahren nur sehr langsam weiter reduziert bzw. abgebaut haben. Wirtschaftszweige mit einer hohen Tarifbindungsrate vollzogen die Anpassung langsamer. Während in der privaten Wirtschaft noch deutliche Differenzen zwischen den (Real-)Löhnen in Ost und West beobachtet werden können, sind diese im öffentlichen Dienst nicht mehr erkennbar.

Call for Papers

2. Workshop Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

9./10. März 2012 in Dresden

Der zweitägige Workshop soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchsforschern in diesem Bereich beitragen.

Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Bevorzugt behandelt werden Papiere, die sich mit den Anforderungen aus einer Gesellschaft im Wandel befassen (Familien- und Gesundheitspolitik, Arbeitsmobilität, Demographie etc.)

Eine Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils im pdf-Format). Bitte schicken Sie Ihre Angebote bis spätestens 20. 01. 2012 per E-Mail an die folgende Adresse:
workshopDD@ifo.de

Bei der Einreichung von Kurzbeschreibungen ist zu berücksichtigen, dass das vollständige Diskussionspapier bis zum 17. 02. 2012 zur rechtzeitigen Vorbereitung der Koreferate vorliegen muss.

Aktuelle Informationen unter:

http://www.cesifogroup.de/link/_ifodrcomp_b_nd_events

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Niederlassung Dresden

Zeit:

09. und 10. März 2012

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Alexander Kemnitz
Alexander.Kemnitz@tu-dresden.de

Dipl.-Vw. Wolfgang Nagl
nagl@ifo.de

Dipl.-Vw. Christian Thater
thater@ifo.de

ifo Institut
Niederlassung Dresden

Evaluierung des aktuellen Standes und der Potenziale der Industriellen Biotechnologie im Freistaat Sachsen

*Annika Ballin, Katja Baum, Jens Freitag,
Joachim Ragnitz, Björn Ziegenbalg*

ISBN 978-3-88512-514-3

**240 Seiten,
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2011
20,- € zzgl. Versandkosten.**

Im Fokus dieses Projekts stand die Analyse der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Industriellen Biotechnologie am Standort Sachsen.

Neben der Untersuchung verschiedener Standortfaktoren, wie der Bildungssituation, der Forschung sowie der Kooperations- und Netzwerkstruktur in Sachsen wurde auch ein Vergleich ausgewählter nationaler und internationaler Benchmarkregionen durchgeführt, um wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen für eine Erhöhung der Wahrnehmung und Attraktivität Sachsens als Standort der Industriellen Biotechnologie abzuleiten.

Eine Befragung bei den Unternehmen der Industriellen Biotechnologie, deren Anwenderbranchen sowie den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Freistaat Sachsen wurde anhand spezifischer Fragebögen durchgeführt. Diese Informationen konnten für eine detaillierte Analyse der derzeitigen Lage und der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des industriellen Biotechnologiesektors im Land Sachsen genutzt werden.

So konnte etwa festgestellt werden, dass die kritische Masse an Unternehmen, die in der Industriellen Biotechnologie tätig sind, noch nicht erreicht wurde und dies daher als mittel- und langfristiges Ziel festgehalten werden kann. Große Potenziale des Freistaates liegen vor allem in der verstärkten Integration von Pflanzen- und Industrieller Biotechnologie, auch über die Landesgrenzen hinaus, durch eine starke Integration der Wertschöpfungsketten. Thematische Schwerpunkte zukünftiger Förderinitiativen liegen vor allem in den Bereichen Umwelttechnologie, Textilbiotechnologie, Bioraffinerie mit Schwerpunkt organische Säuren aber auch in der Papier- und Lebensmitteltechnologie. Der Aufbau einer „Grünen Wirtschaft“ ist durch Synergieentwicklungen zwischen diesen Fachdisziplinen und den Wirtschaftsbranchen gut zu realisieren.

Einkommensentwicklung im Freistaat Sachsen

*Stefan Arent, Wolfgang Nagl,
Joachim Ragnitz*

ISBN 978-3-88512-512-9

**120 Seiten,
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2011.
15,- € zzgl. Versandkosten.**

Die Studie stellt die Brutto Lohn- und Tariflohnentwicklung von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft und Angestellten im öffentlichen Dienst seit der Wiedervereinigung gegenüber. Dabei werden auch Sonderleistungen (wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überstundenzuschläge usw.), flexible Lohnbestandteile (z. B. Leistungszuschläge, Gewinnbeteiligungen) und Arbeitszeitregelungen (u. a. Urlaubsansprüche) berücksichtigt. Weiterhin wird in einem Reallohnvergleich untersucht, wie regionale Preisniveaudifferenzen Einkommensunterschiede verändern. Um die Lohnunterschiede abschließend und umfassend bewerten zu können, bildet ein Vergleich der Arbeitsplatzsicherheit in der privaten Wirtschaft und bei öffentlichen Arbeitgebern den Schlusspunkt der Studie.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich sowohl die nominalen als auch die realen Lohnunterschiede in Ost- und Westdeutschland im privatwirtschaftlichen Bereich in den letzten Jahren nur sehr langsam weiter reduziert bzw. abgebaut haben. Wirtschaftszweige mit einer hohen Tarifbindungsrate vollzogen die Anpassung langsamer. Während in der privaten Wirtschaft noch deutliche Differenzen zwischen den (Real-)Löhnen in Ost und West beobachtet werden können, sind diese im öffentlichen Dienst nicht mehr erkennbar.